

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

63. Sitzung
22. Januar 2026

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 12.04 Uhr
Vorsitz: June Tomiak (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende June Tomiak: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0276](#)
Klimaschutzrat: Herausforderungen und Ausblick auf das Jahr 2026 UK
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0275](#)
Herausforderungen für den Klimaschutz in Berlin 2026 aus Sicht des Berliner Klimaschutzrates UK
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0215](#)
Herausforderungen für den Klimaschutz in Berlin 2025 aus Sicht des Berliner Klimaschutzrates UK
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0214](#)
Klimaschutzrat: Herausforderungen und Ausblick auf das Jahr 2025 UK
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 23.01.2025

- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0139](#)
Klimaschutzrat: Herausforderungen und Ausblick auf das Jahr 2024 UK
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 11.01.2024

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Kendzia von der SenMVKU anwesend und steht für Fragen zur Verfügung. Wir führen zu TOP 3 a und b eine Anhörung durch. Als Anzuhörende begrüße ich ganz herzlich Frau Dr. Auer und Frau Dr. Epp, beide Mitglieder des Klimaschutzrats. – Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt und dass es eine Aufzeichnung auf der Webseite geben wird. Darf ich feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind? – Das ist der Fall, vielen Dank! Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll zu den TOPs 3 a und b angefertigt werden soll. – Da sehe ich auch Zustimmung, dann verfahren wir so. Zu

TOP 3 c und d wurde bereits eine Anhörung in der Sitzung am 23. Januar 2025 durchgeführt. Das Wortprotokoll hierzu ist Ihnen am 26. März 2025 zugegangen. Zu TOP 3 e wurde ebenfalls bereits eine Anhörung in der Sitzung am 11. Januar 2024 durchgeführt. Das entsprechende Wortprotokoll ist Ihnen am 28. Februar 2024 zugegangen. Möchten die Antragsstellenden Fraktionen der CDU und/oder der SPD zu TOP 3 a sowie gegebenenfalls erneut zu TOP 3 d und e den Besprechungsbedarf begründen? – Das ist der Fall. Wer möchte beginnen? – Herr Freymark, Sie haben das Wort!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Noch einmal einen wunderschönen guten Morgen in die Runde! – Frau Dr. Auer, Frau Epp, vielen Dank, dass Sie der Einladung gefolgt sind! Das ist fast schon ein Ritual. Die Idee ist, dass wir einmal pro Jahr mit Ihnen in den Dialog treten, da Sie als 18-köpfiges Gremium nicht nur den Senat beraten, sondern auch uns, was wir sehr wertschätzen, ab- und zu auch einmal eine Stellungnahme abgeben, zuletzt zum Thema Wasserstoff, wie ich auf der Webseite gesehen habe. Deswegen freue ich mich, wenn wir heute konkret über Berliner Klimaschutz sprechen können. Die Haushaltsberatungen sind abgeschlossen. Wir haben später noch einen Tagesordnungspunkt, wo wir auch die Vielfalt der finanziellen Aufwendungen des Landes Berlin gemeinsam betrachten werden. Deswegen freue ich mich, wenn Sie unsere Arbeit kritisch würdigen, also kein Blatt vor den Mund nehmen und auch gerne die Zusammenarbeit mit dem Senat und mit uns für sich noch einmal reflektieren und uns da eine Einschätzung geben, damit wir das auf dem Niveau miteinander führen können, damit beide Seiten auch zufrieden sind. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Frau Vierecke, Sie haben das Wort!

Linda Vierecke (SPD): Auch von meiner Seite herzlich willkommen! Ich freue mich sehr, dass Sie da sind! Ich kann mich den Worten von Danny Freymark anschließen. Nur eine kleine Erwartungshaltung: Wir wollen immer gerne wissen, was Sie denken, was in diesem Jahr für den Senat ansteht, welche auch kritisch-konstruktiven Anmerkungen Sie haben, vielleicht auch hinsichtlich des Haushalts, den wir im Parlament haben, und auch auf weitere Fragen, die sich daraus ergeben. Ich glaube, wir haben schon alle über die Frage die CO₂-Austoßes geredet; das ist immer ein Thema des Klimaschutzrats. Ich freue mich darüber, dass das 18-köpfige Gremium, das nicht nur Wissenschaft, sondern auch viel mehr umreißt, immer eine gemeinsame Haltung findet. Das ist in den Zeiten, in denen wir gerade leben, wichtig, wo es gar nicht immer so einfach ist, alle an einen Tisch zu bringen. Das schaffen Sie, und ich freue mich darauf, zu hören wie Ihre Wahrnehmung der Stadtgesellschaft ist. – Danke schön!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Möchten die antragsstellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und/oder die Fraktion Die Linke zu TOP 3 b sowie gegebenenfalls erneut zu TOP 3 c den Besprechungsbedarf begründen? – Das ist der Fall. – Herr Dr. Taschner, Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Auer, Frau Epp, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben und wieder im Ausschuss sind! Mittlerweile schaffen wir es hier wirklich, Sie regelmäßig zu Beginn des Jahres einzuladen, weil Sie als Gremium nicht nur den Senat beraten, sondern auch das Abgeordnetenhaus. Das sollten wir durchaus auch ernst nehmen, denn der Klimawandel, die Klimakrise schreitet deutlich voran. Bereits in vier Jahren steht für Berlin das nächste Klimaziel an. 70 Prozent der Emissi-

onen müssen bis dahin eingespart werden. Derzeit sind wir etwa bei knapp 54 Prozent der Einsparungen, also muss in den nächsten vier Jahren noch ein ganzes Eck weg. Wenn man sich die Sachen genauer anschaut, dann sieht man, dass wir zum Beispiel in der Mobilität sogar einen Anstieg haben. Bisher gab es da, glaube ich, überhaupt keinen Rückgang, auch in anderen Feldern nehmen die Emissionen eher zu als ab, oder konkret gesagt: Wir müssen noch etwa 7 Millionen Tonnen einsparen und das in vier Jahren. Das ist schon eine mächtige Aufgabe.

Wenn ich da auf den Haushalt schaue, den die Koalitionsfraktionen gerade beschlossen haben, dann sehe ich, dass Klimaschutz kaum eine Rolle spielt. Nur etwa 1,3 Prozent der Haushaltsmittel gehen direkt in den Klimaschutz; die Kürzungen haben wir hier breit diskutiert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie es weitergeht, was sind letztendlich die Felder, auf denen wir in diesem Jahr insbesondere aktiv werden müssen, aber weil wir auch Auswertungen der letzten Jahre auf der Tagesordnung haben, ist auch die Frage, wie Sie als Vertreterinnen des Klimaschutzrates die Entwicklungen sehen, wenn wir einmal zurückschauen, was Sie uns 2024, 2025 erzählt haben. Jetzt sind wir zwei Jahre weiter. Wo geht es denn hin? Darauf freue ich mich schon, ansonsten will ich es eher kurz halten, damit Sie mehr Zeit haben, uns etwas auf den Weg zu geben. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Alles klar! – Möchte die Linke auch begründen? – Nein! Ist eine einleitende Stellungnahme des Senats gewünscht? – Das ist der Fall. – Dann haben Sie das Wort, Herr Staatssekretär Kraus.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich, dass der Klimaschutzrat erneut die Gelegenheit bekommt, hier im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz über die Ergebnisse des letzten Jahres zu berichten und vor allen Dingen auch einen Ausblick nach vorne zu geben. Wir haben in Berlin ehrgeizige Klimaziele, die wir auch ganz bewusst und aus gutem Grund über die Zielwerte des Bundes und der EU gelegt haben. Unser Ziel bleibt es – Herr Dr. Taschner hat es schon angesprochen –, den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid bis 2030 um 70 Prozent zu reduzieren. Die gute Nachricht ist, dass Berlin seit 1990 seine CO₂-Emissionen mehr als halbieren konnte, obwohl Wirtschaft und Bevölkerung gewachsen sind. Allerdings – da hat Herr Dr. Taschner auch recht – stehen noch große Aufgaben und Herausforderungen vor uns, um das Tempo beim Klimaschutz deutlich zu erhöhen und um unsere ehrgeizigen Ziele erreichen zu können.

Wo er Unrecht hat, ist, was die Kürzungen und die Haushaltspolitik anbelangt. Wir tätigen nicht nur mit dem Haushalt, sondern auch mit Mitteln aus dem Sondervermögen und vor allen Dingen mit dem Klimapakt Ausgaben in Rekordhöhe für den Klimaschutz. In den kommenden Jahren werden mehr als 570 Millionen Euro aus dem Doppelhaushalt und aus den Mitteln des Sondervermögens zur Verfügung stehen, und es kommen noch die Mittel in Höhe von 2,3 Mrd. Euro bis 2030 für den Klimapakt hinzu. Das Land Berlin setzt neue Maßstäbe bei der Finanzierung des Klima- und Umweltschutzes und investiert Rekordsummen. Aber der Handlungsraum des Landes hat auch Grenzen. Daher sind auch der Bund und die EU gefragt. Die setzen den großen Rahmen fest, aber es ist wichtig, dass wir uns als Land immer wieder gegen Bund und EU äußern, diesen Rahmen auch gut zu gestalten. Wir sind da auch dankbar, dass der Klimaschutzrat immer wieder wichtige Hinweise gibt. Wichtige Schwerpunkte, die Berlin selbst in die Hand nimmt, sind hierbei die Dekarbonisierung der Wärme durch Ge-

othermie und die Wärmeplanung, auch der Umbau Berlins zur klimaangepassten Schwammstadt und vor allen Dingen auch die Umsetzung des Baumentscheids sowie die Moorrenaturierung. Zusätzlich setzt sich unsere Verwaltung mit der Umsetzung des Baumentscheids wichtige Impulse.

Beim Klimaschutz kann der Klimaschutzrat den Senat und die Abgeordneten mit seiner breiten Expertise unterstützen. Dafür vielen Dank! Eine wichtige und große Aufgabe, gerade in diesem Jahr! Wir begrüßen und schätzen es sehr, dass dem Senat, und ich denke auch Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ein Expertengremium bei der Bewältigung dieser großen Jahrhundertaufgabe Klimaschutz zur Verfügung steht. Deshalb noch einmal ausdrücklich an dieser Stelle der Dank an die Mitglieder des Klimaschutzrates stellvertretend an Sie Frau Dr. Auer, Frau Dr. Epp – bitte übermitteln Sie das auch an die anderen Mitglieder des Rates –, für die bisherige Zusammenarbeit und das Engagement! Ich hatte aufgrund meiner kurzen Amtszeit wenig Gelegenheiten, mit Ihnen in den Sitzungen zusammenzuarbeiten. Das ist aber immer eine Bereicherung, eine Bereicherung auch dahingehend, weil es eine große Expertise darstellt und weil der Klimaschutzrat – das muss man auch sagen – zu recht immer wieder Stachel im Fleisch ist, unbequem ist, unbequeme Fragen stellt, aber wichtige Impulse gibt. Das ist das, was ich an einem sinnvollen Dialog zwischen Wissenschaft, NGOs und Verwaltung sehe, dass wir uns gemeinsam in einem Dialog an einen sinnvollen, aber auch pragmatischen Lösungsansatz beim Klimaschutz annähern. Deshalb ist Ihre Rolle und Aufgabe so wichtig und dafür noch einmal vielen herzlichen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Ich möchte den Anzuhörenden das Wort erteilen. Ich würde Sie bitten, Ihre Stellungnahmen nach Möglichkeit auf fünf Minuten zu beschränken. Sie werden im Anschluss an die Aussprache die Möglichkeit haben, weitere Fragen der Abgeordneten zu beantworten. – Für den Beginn möchte ich Frau Dr. Auer das Wort erteilen.

Dr. Cornelia Auer (Klimaschutzrat Berlin): Ganz herzlichen Dank! – Im Namen des Berliner Klimaschutzrats möchten wir uns natürlich auch ganz herzlich für die Einladung bedanken und den regelmäßigen Dialog! Das ist für uns auch immer sehr bereichernd, weil wir eine Jahresschau machen, die Entwicklungen beobachten, noch einmal genauer ins Visier nehmen, was sich positiv entwickelt hat und was nicht. Wir sind mittlerweile nur noch 17 Mitglieder, hatten aber auch interessante Neuzugänge, wie zum Beispiel Herrn Kamrad vom Verbraucherschutz und Herrn Landeck von Stromnetz Berlin.

Wie es hier schon mehrfach angeklungen ist, kann man wirklich sagen, dass der Klimaschutzrat in seiner Funktion als Stakeholdergremium wirklich hoch funktional ist. Es ist tatsächlich so, dass, obwohl wir im Moment einen großen Backlash in Sachen Klimaschutz oder auch Klimaanpassung erleben, die Ambitionen, dass dieses Gremium, obwohl es aus diesen ganz unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft kommt, geschlossen hinter der Aufgabe steht, sich jetzt um Klimaschutz in Wirtschaft, in Gesellschaft und in Wissenschaft zu kümmern, dazu auch unbequem zu sein und sich hier auch ehrenamtlich in ihrer Freizeit wirklich stark zu machen. Das ist wirklich eine große Bereicherung, finde ich, für Berlin. Deswegen ist es eine große Ehre, heute für dieses Gremium hier sein zu dürfen. Wir würden Ihnen gerne einen kurzen Überblick geben, was wir letztes Jahr gemacht haben, und dann einen Ausblick für dieses Jahr geben, was wir für besonders wichtig halten. Dann freuen wir uns auf einen regen Austausch mit Frage und Antwort.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zum Thema „Stachel im Fleisch“: Das ganz wichtige Thema ist die Emissionsreduktion. Hierzu gab es eine AG im Klimaschutzrat. Wir mussten uns in mühevoller Kleinarbeit tatsächlich die Emissionsentwicklungen selbst vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zusammensuchen und zusammenfassen. Das ist eine ungünstige Situation, dass Berlin im Moment kein funktionierendes Monitoring anbietet. Die Ergebnisse konnten dann in einer Pressemitteilung nachgelesen werden. Es gab sehr positive Entwicklungen in Berlin, was die Emissionsreduktion betrifft, aber in den letzten drei Jahren haben wir eine starke Abflachung der Reduktion erlebt. Sicherlich gab es Kriseneffekte, darüber brauchen wir gar nicht reden, wir sind uns alle der schwierigen Situation bewusst, aber diese Kriseneffekte haben auch dazu geführt, dass in manchen Sektoren die Emissionen stark gesunken sind. An diese Entwicklung hätte man anknüpfen können. Dem ist nicht so gewesen. Wie gesagt, die Emissionen stagnieren. Die Zielerreichung – wir haben auch ein verwaltungsinternes Ziel von 2025 – ist stark gefährdet. Das haben wir in einer Pressemitteilung klar gemacht. Laut EWG Bln wäre eigentlich ein Sofortprogramm angesagt. Wenn in den Sektoren eine Zielverfehlung wahrscheinlich ist, muss der Senat eigentlich ein Sofortprogramm aufsetzen. Das ist nicht passiert, aber gut. Hier, wie gesagt, eine ganz klare Haltung des Klimaschutzrats, dass die Emissionen stärker reduziert werden müssen.

Dann komme ich zu unserem nächsten Arbeitskreis, Thema Verkehr. Das ist nämlich das große Sorgenkind in der Berliner Emissionsentwicklung. Hier sind die Emissionen in den letzten Jahren gestiegen. Der Klimaschutzrat hat hierzu Handlungsempfehlungen gegeben, wie der Klimaschutz im Verkehrssektor für die verschiedenen Gruppen in unserer Gesellschaft gut funktionieren kann. Es ist wieder ein außerordentliches Papier gewesen, wo Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft ein gemeinsam getragenes Statement verfassen konnten, wie Klimaschutz in Berlin funktionieren kann. Neben den klassischen Forderungen, dass der Umweltverbund und auch die Elektromobilität für die, die nicht aufs Auto verzichten können, ausgebaut werden müssen, gab es drei zentrale Forderungen, die Wirtschaft und Gesellschaft gut vereint. Die eine ist, dass wir das Anwohnerparken auf vernünftige Höhen und Geldbeträge anheben, also mindestens ein dreistelliger Betrag. Es hieß, dass das sehr bald kommen würde. Wir warten immer noch darauf. Wir wissen auch nicht, welche Höhe. – Ich überziehe gerade sehr. Ich denke, es ist auch wichtig, was hier zusammengesucht wurde.

Die Zero Emission Zone ist ganz wichtig. Die möchte ich hier wenigstens kurz skizzieren, weil sie niemanden in der Berliner Bevölkerung oder auch in den privaten Unternehmen überfordert. Es geht darum, dass man bis 2035 eine Nullemissionszone innerhalb des Rings ankündigt, das heißt, dass alle Beteiligten genug Zeit haben, sich darauf einzustellen und, wenn Autos erneuert werden et cetera, sich darauf vorbereiten können, dass man ab 2035 nicht mehr mit Verbrennern in die Stadt fahren kann. Das funktioniert auch für die Wirtschaft. Das funktioniert auch für die Privatgesellschaft.

Zuletzt sollte das Anwohnerparken in den Einkaufsstraßen reduziert werden, damit die Wirtschaft, der Lieferverkehr flüssig laufen kann. Sie können gerne danach noch Fragen dazu stellen. – Ich übergebe zur AG Wärmewende an meine Kollegin Julia Epp.

Dr. Julia Epp (Klimaschutzrat Berlin): Wir haben uns im Rahmen der AG Wärmewende mit der kritischen Begleitung der Wärmeplanung beschäftigt, unter anderem auch mit der Senatsverwaltung ausgetauscht und den aktuellen Stand der verkürzten Werbeplanung besprochen. Hier – auch ganz interessant – ist das Thema Wasserstoff natürlich aufgepoppt, weil es Anwohneranfragen gab, ob man Wasserstoff im dezentralen Bereich in Randgebieten als Heizungssystem bei sich einbauen könnte, und wir haben mitunter die Position zum Thema Wasserstoff im Klimaschutzrat verabschiedet. Hier möchte ich auch noch mal als BUND-Vertretung sagen wollen: Ich bin positiv davon angetan, dass wir mit der GASAG und der BEW eine gemeinsame Position zu Wasserstoff finden konnten, die festlegt, dass im dezentralen Bereich, im dezentralen Heizungssystem und bei Pkws Wasserstoff keine Rolle spielen wird. Das sind sich die Akteure in Berlin alle einig. Dementsprechend ist es erfreulich, dass wir auch festlegen konnten, dass Wasserstoff vor allem bei Dunkelflauten und im Spitzenbereich im Wärmesektor eine Rolle spielt und Großwärmepumpen und E-Autos für uns im Klimaschutzrat die dominante Technologie sind. Das würde ich gern noch mal hervorheben wollen.

Dr. Cornelia Auer (Klimaschutzrat Berlin): Dann übernehme ich wieder zur AG Finanzierung. Eigentlich wollte sich die AG Finanzierung einfinden, um Fachgespräche und Inhalte zu erarbeiten, wie in Berlin Klimaschutz und Klimaanpassung finanziert werden können, wie privates Geld gehebelt werden kann und so weiter und so fort. Allerdings fanden wir, dass wir uns dringend mit dem Haushaltsentwurf befassen müssen und haben dazu spontan eine AG gegründet, die positiv hervorhebt, dass Berlin große Anstrengungen im Wärmesektor

macht, auch dass die Stromnetz AG eine Kapitalerhöhung bekommt. Der Baumentscheid kam im Laufe der AG Finanzierung noch dazu. Was aber ganz wichtig ist: Klimaschutz ist nicht singuläre Großprojekte. Durch die angekündigten drastischen Kürzungen im BEK und im BENE war klar, dass bei der Klimafinanzierung die Unterstützung des privaten Sektors seitens des Landes Berlin quasi unmöglich gemacht wird. Hier gab es spontan ein Pressegespräch um 8 Uhr morgens. Wir bedanken uns hier auch positiv, dass Bewegung in das Geschehen gekommen ist, dass Gelder für das BENE und auch für das BEK über das Sondervermögen bereitgestellt wurden. Über die Höhe sollte man noch einmal diskutieren, aber immerhin muss man hier einen positiven Gruß aus dem Klimaschutzbeirat senden. Es war ein guter Austausch. Danke an der Stelle! Mehr wäre besser gewesen, aber es war durchaus eine positive Entwicklung.

Weitere Themen: Wir haben viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Bei den Berliner Energieta-
gen waren wir vor Ort, aber jetzt einen Blick nach vorne durch Frau Julia Epp.

Dr. Julia Epp (Klimaschutzrat Berlin): Auch wenn wir auf eine positive Arbeitsbilanz im Klimaschutzrat selbst zurückblicken können – das wurde hier auch schon angesprochen –, sind wir in vielen Bereichen nicht auf einem Pfad, der dem nötigen Handeln des Klimaschutzes entspricht, gerade wenn wir uns die steigenden CO₂-Emissionen im Verkehrssektor anschauen und auch die gesellschaftliche Unterstützung, Kommunikation und Zusammenarbeit mit der Bevölkerung in vielen Themen. Gerade in der Wärmewende ist das eine Herausforderung, vor der wir im neuen Jahr stehen und wo wir großen Handlungsbedarf sehen. Uns fehlt dort so eine gewisse Art Ownership und Verantwortung in der Senatsverwaltung, uns zu sagen, wie eine strategische Arbeit aussehen kann, im Verkehrssektor langfristig zu einer CO₂-Emissionensminderung zu kommen. Wir haben mehrfach Gesprächsangebote gestellt, verschiedene Impulse geliefert, aber hier fehlt uns sowohl Verantwortung als auch Strategie. Es würde uns freuen, hier wieder stärker in den Austausch zu kommen, um zu wissen, wie wir auf einen richtigen Pfad kommen.

Der Klimaschutzrat hat noch kein Arbeitsprogramm für 2026 konkret erarbeitet, das detailliert darstellt, was wir machen werden, aber der Verkehr bleibt Sorgenkind. Die Wärmewende wird auch Sorgenkind bleiben. Mit der Veröffentlichung des Dekarbonisierungsfahrplans werden wir uns sicherlich damit beschäftigen, wie man das gut kommunizieren kann und wie wir das als Klimaschutzrat gut begleiten können.

Durch die fehlende Verabschiedung des BEK ist es natürlich extrem schwierig zu wissen, wie sich die CO₂-Emissionen weiterentwickeln, wohin im Prinzip die Klimaschutzambitionen des Senats und der Regierung gehen und wünschen uns da ebenso eine stärkere Verantwortung und auch mehr Transparenz, um nicht in so eine Art Blindflug zu kommen: Wie viel CO₂-Emission haben wir aktuell in Berlin, und woran orientieren wir uns? Dementsprechend ist es für uns auch noch mal wichtig zu sagen, dass wir begrüßen, dass der Baumentscheid und das Thema Klimaschutzanpassung oder Klimawandelanpassung umgesetzt werden, aber das Thema, wie schaffen wir es, Emissionen ganz konkret in Berlin zu reduzieren, ist ein Thema, das wir in diesem Jahr weiterhin stark bearbeiten müssen. Wir planen dieses Jahr eine Veranstaltung zur Wahl zu machen und freuen uns auch da über den Austausch.

Dr. Cornelia Auer (Klimaschutzrat Berlin): In diesem Sinne würden wir an der Stelle enden und für Fragen und Antworten in den Austausch gehen. – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Wunderbar, vielen Dank! – Wir haben auch schon Personen auf der Redeliste. Als Erstes hatte sich Herr Dr. Taschner gemeldet. – Sie haben das Wort!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Epp, für Ihre Ausführungen! Ich habe eine ganze Reihe von Fragen aufgeschrieben. Im Jahr 2026 kommen ein paar Sachen auf uns zu. Eine wichtige Sache ist die Verabschiedung der Wärmeplanung. Das war vorhin schon Thema. Bis zum 30. Juni muss sie erfolgen. Wir fragen uns als Grüne natürlich schon: Was kommt danach? Nach wie vor haben wir das Gefühl, als gäbe es im Bereich des Senates noch keinen richtigen Plan, so ungefähr wie: Na ja, wenn wir die Wärmeplanung verabschiedet haben, dann passt es erst mal so, gesetzliche Pflicht erfüllt. Was danach passiert, wird sich schon irgendwie ergeben. – So ist zumindest unser Eindruck, und auch die Nachfragen, die ich an Frau Senatorin Bonde dazu gestellt habe, deuteten schon stark darauf hin.

Die Frage ist aber doch: Wer macht das denn eigentlich? Das ist natürlich schon so ein Thema, wo wir uns gerne auch aus dem Berliner Klimaschutzrat einige Impulse wünschen würden, gerade hinsichtlich der Prüfgebiete. Klar, die Fernwärmenetzbetreiber haben ihre Ausbaupläne vorgestellt. Die kann man so oder so finden, und ob sie dann kommen oder nicht, ist die andere Sache, und wo die Einzelwärmepumpe Leittechnologie ist, ist endlich auch keine Überraschung. Das Spannende sind die sogenannten Prüfgebiete, die zumindest im jetzigen Entwurf der Wärmeplanung auch noch mal zweigeteilt sind. So ganz klar hat sich für mich die Zweiteilung immer noch nicht ergeben, wo sie sich genau unterscheiden. Die Frage ist: Wer macht das denn eigentlich? Wer sind die Akteure, die dann möglicherweise diese Nahwärmenetze machen? Wie wird so etwas organisiert? Spielt da der Senat, spielen da die Bezirke eine Rolle? Welche Rolle spielen landeseigene Unternehmen? Wir haben die Stadtwerke und die BEW, die dafür infrage kommen, und vor allem: Wo können sich die Leute informieren, wenn diese Planung vorliegt? Angenommen ich bin Mitglied einer Wohneigentümergeinschaft, sehe in der Karte: Oh, ich liege im Prüfgebiet. Meine alte Gasheizung gibt irgendwann den Geist auf. – Jetzt steht da drin, möglicherweise kommt bei mir ein Nahwärmenetz. Wer macht es? Wie werde ich informiert et cetera? Danke noch mal an die SPD-Fraktion, dass Sie das BAUinfo im Haushalt gerettet haben. Das ist, glaube ich, ganz wichtig. Da geht aber noch mehr.

Was plant der Senat genau? Bisher haben Sie sich immer so ein bisschen rausreden können, dass der Haushalt noch nicht verabschiedet worden ist. Diese Argumentation ist auch vollkommen korrekt. Jetzt ist er beschlossen. Jetzt wir sind natürlich schon gespannt: Wie geht es mit dem BAUinfo weiter? Was plant der Senat darüber hinaus? Es war mal so etwas wie Wärmewendeagentur oder wie auch immer Sie das genannt haben. Was kommt da jetzt eigentlich ganz genau?

Das zweite große Thema ist die Dekarbonisierung der Fernwärme. Demnächst wird der Dekarbonisierungsfahrplan vorgelegt. Da setzt die BEW zumindest am Standort Reuter West im großen Stil auf die Holzverbrennung, die wir durchaus kritisch sehen, die zwar nominell CO₂-neutral ist, aber jeder, der sich mit der Materie beschäftigt, weiß, erst mal werden massive Mengen an CO₂ freigesetzt, die vielleicht irgendwann in 40 Jahren über möglicherweise neue Bäume irgendwann vielleicht mal eingefangen werden können. Wir halten diese Technologieoffenheit nicht für den richtigen Weg, wenn wir Berlin wirklich klimaneutral machen wol-

len. Deswegen auch die Frage: Beschäftigt sich der Klimaschutzrat mit diesem Thema und auch mit der möglichen Müllverbrennung, die ausgeweitet werden könnte, wie er formal auch theoretisch CO₂-neutral ist? Ähnlich wie beim Holz funktioniert das aber nicht. Zwei wichtige Punkte, wo Entscheidungen definitiv anstehen beziehungsweise auch schon Investitionsentscheidungen getroffen worden sind.

Dann haben Sie kurz den Haushalt angesprochen und die Koalition gelobt. Das darf man durchaus an der einen oder anderen Stelle wie zum Beispiel beim BAUinfo, aber in Summe müssen wir doch festhalten, dass mit der Koalition, mit dem jetzigen Senat, erst mal drei Schritte zurückgegangen wurde, und dann geht man mit sehr viel Schmerz und sehr viel Einsatz, insbesondere der SPD, noch mal einen Schritt vorwärts. In Summe ist es aber letztendlich zu wenig. Sie haben sich damals auch als Klimaschutzrat geäußert und hier zu Recht gelobt, aber wie würden Sie das in der Summe sehen? Drei Schritte zurück, einen vor macht in Summe trotzdem immer noch zu wenig.

Dann noch Fragen zum Klimaschutzrat an sich: Sie sind jetzt hier zwei Vertreter eines großen Gremiums. Sie haben gerade zum Beispiel die Zero Emission Zone angesprochen. Ein spannendes Thema. Das hatten wir in der letzten Legislatur seitens der Grünen in der Koalition auch eingebracht. Die Diskussion dazu war durchaus auch innerhalb der Koalition recht vielfältig. Wie schaut es da beim Klimaschutzrat aus?

Frau Epp! Sie haben gesagt, beim Wasserstoff gab es bei einem so schwierigen Thema fast überraschend eine Einigung. Stehen da wirklich alle dahinter, oder ist das eher eine Mehrheitsmeinung? Vielleicht können Sie etwas dazu sagen. – Sie haben gesagt, zu 2026 wissen Sie noch nicht genau, wo es hingeht. Sie haben ein bisschen Geld für Studien oder Arbeiten. Gibt es so etwas wie eine Geschäftsstelle beim Klimaschutzrat, oder ist das mehr oder weniger alles so ein bisschen selbstorganisiert und Sie als Vorsitzende müssen da mehr oder weniger viel Arbeit leisten? Was wünschen Sie sich, um Ihre Arbeit möglicherweise noch effektiver zu machen? Findet eigentlich ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Klimaschutzrat und der Senatorin statt? Haben Sie ein regelmäßiges Format, wo Sie sich treffen, denn Sie beraten nicht nur uns, sondern auch den Senat?

Letzte Frage: Wie stehen Sie eigentlich in Kontakt mit der Senatskommission Klimaschutz? Falls sich die einen oder anderen Kolleginnen und Kollegen fragen, was die Senatskommission Klimaschutz ist: Die ist Senat mal als ein Nachfolgerat der Klima-Governance der vorigen Senatsregierung unter Bettina Jarasch eingerichtet worden, ein Austauschgremium zwischen den Senatsverwaltungen bei dem vielfältigen Querschnittsthema Klimaschutz, um Dinge besser zu koordinieren. Man hat schon lange nichts mehr gehört. Ich habe gerade eine Anfrage gestellt. Leider kam die Antwort noch nicht pünktlich für heute zurück. Ich bin aber selbst gespannt. Dennoch die Frage: Stehen Sie mit dieser Senatskommission vielleicht in irgendeinem Austausch und beraten Sie die? Oder kurz gesagt: Würden Sie sich vielleicht ein bisschen mehr wünschen, dass Sie proaktiver vom Senat in die Beratung eingebunden werden?

An den Senat habe ich noch ein paar Fragen. Es wurden die Sofortprogramme bei Zielverfehlung angesprochen. Das hatten wir als Thema hier auch schon im Ausschuss. Ihre Vorgängerin, Herr Kraus, Frau Behrendt hat immer gesagt: Gibt es nicht, weil es keinen BEK-Beschluss gibt. Teilen Sie immer noch diese Auffassung? Gibt es da vielleicht ein Umdenken? Können wir dann doch angesichts der durchaus schlechten Prognosen oder Zahlen im

Mobilitätssektor zum Beispiel wirklich mal mit einem Sofortprogramm rechnen? Und wenn Sie immer noch die Ansicht vertreten, dass es an dem BEK-Beschluss fehlt, dann die Frage an die Koalitionsfraktionen: Bekommen wir das vielleicht noch hin in dieser Legislatur, oder können wir das jetzt schon komplett beerdigen? – Allerletzte Frage: Die DUH hat diesbezüglich den Senat verklagt. Wie beurteilt denn der Senat die Klage der DUH? – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Frau Vierecke, Sie haben das Wort!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Das war auf jeden Fall schon mal sehr spannend. Ich habe auch einige Fragen, einiges, was sich vielleicht auch mit Herrn Taschner doppelt, aber durchaus auch noch andere Punkte. Auch mich würde interessieren, wie die Beratungsleistung, die Sie für den Senat machen, in der Praxis aussieht. Wie läuft dieser regelmäßige Austausch? Das eine ist natürlich beratend. Natürlich darf der Senat auch regieren und muss nicht alles aufnehmen, aber wie werden Ihre Anmerkungen aufgenommen? Haben Sie das Gefühl, dass es ein produktiver Austausch ist? Für meine Seite kann ich sagen, dass Sie als Klimaschutzrat auch immer ansprechbar sind. Man kann sich an Sie wenden, und man hört auch von Ihnen. Das nimmt man durchaus wahr. Ich finde, das funktioniert. Das darf auch an Stellen intensiver sein, aber es kommt immer auf die Themen an, gerade auch beim Haushalt. Das haben Sie auch noch mal klar kommuniziert. Ich glaube, dass uns das auch hilft, uns als Umweltpolitiker die Dimension klarzumachen, die wir in diesem Haushalt haben und für die wir verantwortlich sind.

Ich möchte auf Ihre konkreten Anmerkungen zum Thema Monitoring und die Sofortmaßnahmen eingehen, die eigentlich notwendig wären. Ich nehme an, Sie nehmen die Zahlen vom Statistischen Bundesamt, die vorliegen. Da sieht man definitiv den Anstieg im Verkehrsbereich, den Sie auch dargestellt haben, dass nicht mehr so viel passiert, dass wir jetzt andere Maßnahmen ergreifen werden müssen.

In Richtung BEK: Wir sind als SPD-Fraktion sofort bereit, das BEK heute sofort zu beschließen. An uns liegt es nicht. Das ist, glaube ich, auch deutlich geworden in der Debatte. Meine Haltung ist, dass man das BEK schon so lesen kann, dass auch weiterhin ein Monitoring möglich ist. Deswegen auch da noch mal die Frage an Sie: Was schlagen Sie für das Sofortprogramm genau vor? Sie hatten schon das Anwohnerparken genannt. Das ist sicherlich erst mal eine kleine Maßnahme. Sie alleine würde nicht reichen. Was wären Möglichkeiten für ein Sofortprogramm, und was fordern Sie hinsichtlich des Monitorings vom Senat als beratendes Gremium? Sie haben die Bereiche genannt, wo wir auch die zuständige Senatorin haben, die Umwelt und Verkehr macht.

Mich interessiert auch noch, wie Sie das Klimaanpassungsgesetz beurteilen. Das war durchaus ein großer Schritt für uns, dass wir das auch noch mal als Gesetzesgrundlage haben. Wie begleiten Sie dieses auch als Gremium? Da sind Begleitgremien festgesetzt. Das wäre sicherlich noch ein Mehrwert für die Stadt, aber es ist auch wichtig, dass wir das gut einspielen.

Dann die Fragen an den Senat: Wie gehen Sie mit den Forderungen des Klimaschutzrates um, wenn Sie das hoffentlich nicht nur als Pressemitteilung erreicht? Das Sofortprogramm, das haben Sie deutlich gehört, das heißt, eine Aufforderung: Wie gehen Sie damit um, Herr Kraus? Keine Rolle von Wasserstoff ist auch eine klare Ansage des Klimaschutzrates. Was ist die Haltung des Senates zum Thema Wasserstoff? Das wäre noch interessant zu hören. Bei

den Subventionen des Anwohnerparkens habe ich auch schon die Senatorin gehört, die gesagt hat, eine Anpassung wäre möglich. Was hält den Senat ab, zumal es quasi Senatshandeln ist? Was sind denn Ihre Maßnahmen, um die steigenden CO₂-Emissionen im Verkehrssektor zu reduzieren? – Danke schön!

Vorsitzende June Tomiak: Als Nächster hat Herr Dr. Efler das Wort.

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank auch an die Vertreterinnen des Klimaschutzrates für die Ausführungen und die Arbeit insgesamt des Rates! Ich denke auch, der Klimaschutzrat sollte in seiner Breite so erhalten bleiben wie er jetzt ist. Da sich schon einige Kolleginnen und Kollegen zum Haushalt geäußert haben, will ich noch mal darauf hinweisen, dass wir auf der Tagesordnung noch den TOP „Klimagerechtes Haushalten“ haben. Ich sage deswegen jetzt nichts mehr dazu, auch wenn es natürlich ein wichtiges Thema und zu Recht hier angesprochen worden ist.

Ich finde es auch betrüblich zu erfahren, dass die Zielerreichung bis 2025, die Sie ein bisschen informell machen, weil wir kein gesetzliches Ziel haben, gefährdet erscheint. Das ist für mich erst mal neu und keine schöne Information, dass wenig überraschend der Verkehrssektor da eine Schuld trägt. Da müssen wir auf jeden Fall nachsteuern.

Beim Monitoring bin ich total dankbar, dass Sie das angesprochen haben. Ich würde noch einen draufsetzen. Wir haben nicht nur ein unzureichendes Monitoring. Meines Erachtens haben wir ein gesetzeswidriges Monitoring in Berlin. Das haben wir schon mal besprochen, und daran hat sich nichts geändert. Das werden wir auch weiter einfordern. Das ist passiert. An die CDU-Fraktion schon noch mal die Frage, wie lange diese Peinlichkeit, dass das BEK parlamentarisch nicht beschlossen wird, eigentlich weitergehen soll, ob Sie es wirklich bis zur Wahl so machen wollen, dass Sie sich bei jeder Sitzung blamieren und sagen: Nö, brauchen wir nicht. Es reicht, dass der Senat das beschlossen hat. – Das kann man so machen, das ist aber natürlich kein besonders guter Umgang.

Für uns ist auch besonders wichtig, einen sozialen Klimaschutz voranzubringen. Da vielleicht auch die Frage, inwieweit in der Arbeit des Klimaschutzrates Aspekte der Sozialverträglichkeit zum Beispiel bei der Wärme-, aber auch bei der Verkehrswende eine Rolle gespielt haben. Das heißt nicht, dass alles so bleiben muss wie es ist. Auch wir unterstützen zum Beispiel eine maßvolle Anhebung der Anwohnerparkgebühren, aber trotzdem müssen wir insgesamt natürlich schon darauf achten, dass die Akzeptanz für Klimaschutz und Wärme- und Verkehrswende erhalten bleibt. Gerade bei der Dekarbonisierung der Fernwärme ist vollkommen klar, dass das nicht über die Wärmepreise finanziert werden kann. Das müssen wir natürlich mit einem klugen System abfangen, aber da sehe ich durchaus entsprechende Ansätze.

Gefreut habe ich mich über die Ausführungen zum Wasserstoff. Das sehe ich genauso. Da habe ich nur die Anekdote, dass ein Vorstandsvorsitzender eines der von Ihnen genannten Unternehmen hier mal vor ein paar Jahren bei einer Anhörung war und ganz stolz sagte, dass er mit einem Wasserstoffauto hergefahren ist, und dass das doch ein toller Weg wäre. Wenn sich diese Positionierung jetzt geändert hat, dann würde ich das nur begrüßen, und irgendwann setzt sich dann vielleicht die Vernunft durch. In der Realität sehen wir es auch, dass sich die Dinge da in die richtige Richtung entwickeln.

Zur Fernwärme will ich kurz das unterstützen, was Herr Dr. Taschner gesagt hat, dass wir da natürlich vor allem die erneuerbare Wärme, die Abwärme stärken müssen und keine Fehler begehen dürfen. Da haben wir schon die Sorge, dass Lock-in-Effekte durch Investitionen in mehrere große Holzverbrennungskraftwerke erfolgen, und das wollen wir natürlich auch nicht.

Zu meinen Fragen: Zur Ausstattung des Klimaschutzrats hat Herr Taschner auch schon gefragt. Da würde ich mich anschließen. Wir werden in der nächsten Wahlperiode gesetzlich die Verpflichtung haben, das BEK zu überarbeiten. Da würde ich es sehr begrüßen, dass der Klimaschutzrat dafür entsprechend Anregungen entwickelt. Es ist jetzt noch ein bisschen Zeit, so einen Arbeitsplan vorzubereiten. Das wäre für 2027 total hilfreich.

Wie sind wir denn auf Kurs, was die Einhaltung Klimaszutzziel 2030 in Berlin angeht? Ich ahne schon die Antwort, aber trotzdem müssen wir das wissen. – Zur Zero-Emission-Zone die Frage, inwieweit im Klimaschutzrat die Rechtslage eine Rolle gespielt hat. Gibt es da eine Einschätzung, inwieweit auf Landesebene die Einführung der Zero-Emission-Zone zweifelsfrei möglich ist? Ich weiß es nicht mehr so genau. Das hatten wir immer wieder diskutiert, aber es geht nicht so richtig voran. Sobald das machbar wäre, hätten wir da natürlich eine andere Grundlage. Zumindest mein Kenntnisstand ist so, dass es noch nicht hundertprozentig klar war, dass die Landesebene hier eine zweifelsfreie Rechtsgrundlage hat.

Dann haben Sie die Governance angesprochen. Da würde mich interessieren, welche konkreten Vorschläge der Klimaschutzrat zur besseren Governance im Klimaschutz hat. Dann noch ein sehr wichtiger Punkt, der häufig unterschätzt wird, das ist das ganze Thema Beteiligung im Klimaschutz. Sie haben einen Backlash angesprochen. Das ist natürlich auch eine Entwicklung, die wir beobachten, wobei wir auch viele andere Tendenzen sehen, die in die richtige Richtung gehen. Sind Sie auch der Meinung, dass wir eine Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten bräuchten, um mehr Mitbestimmung, aber auch eine höhere Akzeptanz beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung hinzubekommen? Als Beispiel will ich den Bürgerrat in Marzahn-Hellersdorf ins Feld führen, der gerade zum Hitzeschutz läuft, mit anschließender Bürgerbefragung, ob solche Modelle vielleicht hilfreich sind ausgeweitet zu werden.

An den Senat: Was ist mit dem Sofortprogramm? Sie haben es gehört. Ihr Beratungsgremium sagt, ein Sofortprogramm ist fällig. Wo ist es denn jetzt? Wann kommt es? Meines Erachtens ist es nicht an das BEK gekoppelt, ich lese das Gesetz etwas anders, sondern an das Monitoring. Allerdings beißt sich die Katze in den Schwanz. Wir haben kein vernünftiges Monitoring. Trotzdem gibt es eine gesetzliche Verpflichtung, ein Sofortprogramm vorzulegen, und da ist die Frage: Wann kommt es denn?

Vielleicht können Sie uns auch noch mal etwas zu dem Senatsausschuss Klimaschutz sagen. Ich hätte fast vergessen, dass es ihn gibt. Danke, Herr Taschner! Tagt der noch? Gibt es den noch? Was hat er so gemacht? Was macht er in Zukunft? – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Herr Freymark, Sie haben das Wort!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für die bisherigen Redebeiträge! Ein paar muss ich kommentieren, es geht gar nicht anders. Wenn zum Beispiel von Herrn Dr. Taschner angeführt wird, dass wir drei Schritte zurück machen, vielleicht einen vor, dann fehlt mir das Verständnis für diese Erklärung, für diese Logik. Wir haben leider erlebt, dass im Kernhaushalt des Abgeordnetenhauses Kürzungen vorgenommen werden mussten. Ich will gar nicht noch mal ausführen, warum und wie das zusammenhängt, über Jahre und Infrastruktur und der Frage der Sanierungsbedarfe. Da kommen viele Dinge zusammen, und wenn man mehr als einen Ausschuss bedient und hier im Abgeordnetenhaus auch in anderen Themen intensiv dabei ist, weiß man auch, dass es immer Abwägungsprozesse sind, Entscheidungen zu treffen. Die funktionierende Stadt, Brücken, die nicht einstürzen, ein Stromnetz, das nicht durch Terroranschläge von Links et cetera beeinträchtigt werden kann, brauchen Geld und Schutz, und die haben natürlich eine hohe Priorität.

Trotzdem, und das ist das Besondere, deswegen sind wir nicht drei Schritte zurückgegangen, sondern zwei voran, gibt es mittlerweile ein Sondervermögen des Bundes. Auch wenn das Schulden sind, die durchaus weh tun, ist das Geld, das in dieser Stadt investiert wird. Über 1 Milliarde Euro ist dort mehr als reserviert, um unter anderem Bäume, Kühlinseln, alle auch schwammstadtrelevanten Themen voranzubringen. Das ist eine außergewöhnliche Summe für die nächsten zehn Jahre und deckt schon eins zu eins das, was wir im Kernhaushalt für 2026/2027 sparen mussten. Das können wir übrigens gemeinschaftlich 2028 schon wieder anders machen. Auch an die SPD adressiert, weil in der Koalition solche Themen immer wieder diskutiert werden: Es war leider zwischen den Fraktionen abgestimmt, dass es zu diesen Kürzungen kommen muss. Das ist also nichts, was nur die CDU alleine hätte entscheiden können. Die 51 Prozent bei der Wahl hatten wir nicht, sondern wir sind in einer Koalition und stimmen diese Dinge gemeinsam ab.

Der zweite Punkt: Mit dem Klimapakt werden landeseigene Gesellschaften – ich glaube 18 oder 19 – mit Eigenkapital gestärkt, sodass sie bis zu 13 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren in dieser Stadt investieren können. Dagegen sind die 100 Millionen Euro, die wir pro Jahr im Haushalt einsparen mussten, ein relativ kleiner Klecks. Ich hätte sie gerne behalten, weil insbesondere der Eindruck entstehen musste, und das hat der Klimaschutzrat gerade auch bestätigt, dass durch diese Kürzungen insbesondere bei BENE und BEK ein Gap entstanden ist, was ich gerne vermieden hätte, weil genau Mittelstandsförderung, Individualförderung, Kleinstmaßnahmen, größere Maßnahmen und der BEK-Monitoringbericht dem einen oder anderen fehlt.

Ich bin mir nicht sicher, ob ihn jeder gelesen hat. Das ist ein relativ überschaubares Werk gewesen. Da waren in der Regel die Maßnahmen, die dort finanziert waren – das sind mal 15, mal 25, mal 35 Millionen Euro gewesen –, mit Sicherheit nicht dafür ausschlaggebend, dass wir die CO₂-Emissionen um mehr als 1 oder 2 Prozent mindern könnten, sondern es waren minimalisierte Beträge. Der Monitoringbericht bezieht sich darauf, dass diese Maßnahmen, die finanziert wurden, kommunikativ begleitet wurden. Da ist nichts, aber auch gar nichts drin zu den großen Zielfahnen, zu der Frage, ob wir 2030 erreichen, nichts. Deswegen frage ich mal in die Runde, auch gerne den Klimaschutzrat: Welchen Monitoringbericht darüber hinaus gab es dann in der vorigen Regierung, der Ihnen jetzt fehlt? Was ist verloren gegangen an Monitoring, an Zahlen, die Ihnen jetzt fehlen? Der Klimaschutzrat hat gerade von der Steigerung im Verkehrssektor gesprochen. Da bin ich auf die Zahl gespannt, wie die aussieht. Ich bin auch sehr gespannt darauf, wo Sie diese Zahl überhaupt her haben. Mir ist es zum Beispiel

gar nicht leicht gefallen, Zahlen über 2024 hinaus zu bekommen. Wer hat die Zahlen? Wer veröffentlicht die? Mit welchen Zahlen arbeiten Sie da, damit wir vielleicht besser beraten sind?

Was mich zugegeben auch ein bisschen gewundert hat, dass selbst der Klimaschutzrat zu der Erkenntnis kommt, über Anwohnerparkausweise hier Auskunft zu geben. Ob jetzt 10 oder 150 Euro macht mit Sicherheit einen Unterschied, senkt aber auch kein CO₂, da bin ich mir sicher. Nichtsdestotrotz ist das eine Frage, mit der wir natürlich konfrontiert sind. Es hat keiner angesprochen, muss auch keiner. Der Anwohnerparkausweis wurde nicht von der CDU in Summe von 10 Euro eingeführt. Das haben andere gemacht, den haben andere sogar gesenkt. Das war nicht unsere Idee. Nichtsdestotrotz kann man es ansprechen. Ich hätte aber schon gedacht, dass der Klimaschutzrat da andere Schwerpunkte setzt, als sich auf das Anwohnerparken zu konzentrieren.

Potenzialbereich CO₂-Einsparung: Sie, aber auch die anderen Fraktionen, haben den Autoverkehr mehrmals adressiert. Was mich ein bisschen wundert: Ist das wirklich der ausschlaggebende Bereich, dem wir als erstes in den Fokus nehmen sollten, oder ist es der Gebäudebereich oder die Energieerzeugung? Da würde mich wirklich die Einschätzung des Klimaschutzrates interessieren, ob das jetzt das Hauptziel ist, den Verkehrssektor so umzugestalten, dass er – sage ich jetzt mal – CO₂-neutral ist, am besten schon 2026/2027, oder haben wir die Potenziale eher in den anderen Bereichen?

Frau Epp hat von mehr Austausch gesprochen. Ich bin dafür sehr offen. Ich finde es auch sehr wichtig, und ich glaube auch gerade jetzt im letzten Viertel dieser Wahlperiode wäre es, glaube ich, auch gut – übrigens auch in Ihrer Rolle beim BUND und anderswo –, dass wir den Austausch deutlich intensivieren. Wo haben wir was geschafft? Wo haben wir es nicht geschafft, und was müsste sich in der nächsten Zeit ändern? Ich glaube, da ist eine kritische Betrachtung immer richtig. Sie kann gar nicht falsch sein. Was mir aber trotzdem auffällt – vielleicht ist es auch unsere Schuld als Abgeordnete –, ist, dass der Austausch zum Klimaschutzrat relativ gering ist. Ich werde dreimal im Jahr – ich habe vorhin nachgeguckt – bei LinkedIn verlinkt, in der Regel kommentiere oder like ich oder nehme die Kritik auf, die da in der Regel geäußert wird, und darüber hinaus gibt es aber gar keinen Austausch. Wenn wir hier diese Einladung nicht hätten, dann wäre das möglicherweise zu wenig, aber wie gesagt, da ist auch Selbstkritik dabei. Natürlich obliegt es auch mir, Ihnen regelmäßig zu schreiben oder mich zu melden; das ist ganz klar. Machen das einige Anwesende besser als ich, oder ist das allgemein die Kommunikation, die wir hier miteinander bisher haben?

Dann haben Sie, Frau Dr. Epp – ich glaube, dass es Frau Dr. Epp war, es kann auch Frau Dr. Auer gewesen sein – auch zum Thema Wahl ausgeführt. Da bin ich kurz aufgeschreckt. Was wünschen oder was planen Sie als Klimaschutzrat denn zur Wahl? Ich glaube, den größten Impact haben Sie, wenn Sie uns Abgeordnete beraten und/oder den Senat, am besten beide und wir den regelmäßigen Austausch haben. Ich verstehe und respektiere übrigens, dass Sie das im Ehrenamt machen. Das zollt mir großen Respekt ab. Sie haben aber beide zum Glück berufstätig eine Rolle, wo Sie auch eine starke Wirkung haben. Deswegen also auch das Angebot: Dialog suchen, aber eben auch die Frage, was Sie sich zur Wahl wünschen.

Das letzte Thema, das ich unbedingt noch ansprechen will, weil Sie es zu Recht adressiert haben, ist die Elektromobilität. Wir hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir sehr viele Ladesäulen zusätzlich in diese Stadt bringen wollen, übrigens am besten mit einem vereinfachten System, dass man nicht fünf Karten für fünf verschiedene Anbieter braucht und so weiter. Ich glaube, das schreckt auch viele ab. Wo stehen wir da beim Thema Ladeinfrastrukturausbau? Wie ist die Abstimmung mit anderen zuständigen Senatsverwaltungen? Das ist

natürlich ein größeres Thema als nur für den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz. Aber ich glaube, die Infrastruktur deutlich zu intensivieren, zu verbessern, um Elektromobilität noch attraktiver zu machen, ist unser aller Aufgabe. Da sehe ich auch einen Schwerpunkt unseres unserer Tätigkeit hier. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Herr Abgeordneter Lux, Sie haben das Wort!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich habe eine Frage zu den EU-Mitteln und BENE 2. Sie haben gesagt, dass es am Ende noch eine Verstärkungen gab. Nach meiner Auffassung haben wir deutlich weniger Mittel als im vorherigen Doppelhaushalt. Mich würde interessieren, ob Sie uns noch mehr Beispiele von Projekten nennen können, die konkret scheitern oder konkret nicht vorgeführt werden. Mein Problem als Abgeordneter, ist, dass ich ab und zu mal eine Meldung von Wasserprojekten oder anderen bekomme, die aufgeben müssen, weil der Senat sie nicht mehr weiter finanziert, die Leute entlassen müssen, bei denen die regionale Wertschöpfung sinkt, wo Arbeitsplätze im Umweltbereich vernichtet werden, weil der Senat einseitig dort BENE-Mittel rasiert hat, aber der größte Teil dürfte daran liegen, dass Projekte gar nicht erst begonnen werden können. Der Staatssekretär hat vorhin, fand ich, ziemlich stark auf den Bund und auf die EU gezeigt. Das ist klar, da sind auch mehr Mittel, aber das – wie soll ich sagen – zumindest Widersprüchliche des Staatssekretärs war, dass er die vorhandenen Mittel mit seinem Haushalt gar nicht abschöpft, der es hergeben würde, der nach meiner Auffassung einen Hebel von 40 Prozent hat – Welcher gescheite Kaufmann, welche kluge Kauffrau lässt so viel Effekt liegen? –, das Geld gar nicht abrufen, dass die EU uns zur Verfügung stellt.

Das zieht sich auch durch die Einschätzung der Verlässlichkeit Berlins in anderen Investitionsbereichen, die von der CDU-Fraktion zu Recht adressiert worden sind, die man angehen muss, durch. Einmal auf eine kurze Formel gebracht: Warum sollte die EU Berlin noch Geld geben, wenn der Senat hier nicht in der Lage ist, das Geld auszugeben und gleichzeitig der Staatssekretär sagt: Die EU muss uns mehr geben. – Das ist schon ein Offenbarungseid. Sie haben gern Gelegenheit, das gleich noch einmal zu vertiefen, Herr Staatssekretär, wie Sie das meinen.

Die zweite Frage: Frau Dr. Epp, Sie haben gesagt – ich weiß nicht, ob es richtig verstanden habe – dass es in der Senatsverwaltung nicht mal eine wirkliche Ansprechperson für die strategischen Aufgaben im Bereich Verkehr gibt. Soweit ich die Senatsverwaltung – ich stand ihr schon einmal näher – kenne, war damals die strategische Entscheidung, Verkehr, Umwelt und Klimaschutz zusammenzuführen, weil im Bereich Verkehr ebenso viele Herausforderungen und so viele Möglichkeiten im Bereich der Verkehrswende liegen, um die Stadt nicht nur sicherer zu machen, sondern den Verkehrsbereich auch klimaschonender zu machen. Da arbeiten ganz viele tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die, soweit ich das kennenlernen durfte, für Vorschläge für die Verkehrswende, für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer offen sind. Auch im Bereich Umwelt- und Naturschutz arbeiten da ganz viele Leute. Ich kann es mir einfach nicht vorstellen, dass die sagen: Nein, vom Klimaschutzrat lasse ich mich nicht ansprechen. – Ich habe das so verstanden, dass es eine politische Entscheidung ist. Wir wissen von den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, dass sie zum Beispiel im Bereich Kultur und Antisemitismus sehr gerne auch mal durchregieren und der Senatsverwaltung sagen, wie sie zu handeln hat. Ich würde gerne entweder von Ihnen wissen – ich weiß nicht, wie weit Sie das sagen dürfen; Sie sind ja unabhängig und frei – oder von Frau Senato-

rin, ob es eine politische Entscheidung war, Ihnen keine Ansprechperson zu nennen, und wenn ja, wer diese gefällt hat, ob das die Hausleitung der Exekutive war oder ob Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion irgendwie E-Mails rübergeschickt haben und gesagt haben: Redet im Bereich Verkehr mal nicht mit dem Klimaschutzrat. – Das hätte ich gerne aufgeklärt.

Genauso hätte ich gerne die Frage aufgeklärt: Kollege Freymark hat gesagt, dass die Landesunternehmen 13 Milliarden Euro in Zukunft hebeln können, weil wir ihnen höhere Kreditlinien beziehungsweise höheres Eigenkapital zur Verfügung stellen. Der Staatssekretär hat von 2,3 Milliarden Euro gesprochen. Ich hätte bei der Differenz von 11,7 Milliarden Euro bis 2030, was ungefähr 3 Milliarden bis 4 Milliarden Euro pro Jahr entspricht, gerne mal eine Mitteilung – [Zuruf von Danny Freymark (CDU): Einfach mal selbst lesen!] – Na ja, ich habe doch nur zugehört, was der Staatssekretär gesagt hat. Der hat von 2,3 Milliarden Euro gesprochen – falls ich mich verhört habe, nehme ich auch diesen Hinweis gerne entgegen –, und ich habe von Ihnen, Herr Kollege Freymark, 13 Milliarden Euro gehört. Jetzt kann der Unterschied darin liegen – ich weiß gar nicht, ob es mir zusteht, Sie da zu interpretieren –, dass der Staatssekretär 2,3 Milliarden Euro für Klimaschutz pur meinte und Kollege Freymark meinte 13 Milliarden Euro an Volumen insgesamt für sonstige Sanierungen. Dann schließt sich aber die Frage an, wie Sie gewährleisten, dass dieses Geld schnell und zügig in den Klimaschutz fließt. Die Frage ist kurz und verständlich: Wann fließt denn der erste Euro von diesen vielen Mitteln, die Sie adressiert haben, bei denen wir aber, denke ich, noch skeptisch sein dürfen?

Letzte Frage zum Sofortprogramm: Dazu haben Kollege Dr. Taschner und Kollege Efler alles gesagt – nicht alles, aber sehr gut eingeführt. Ich möchte mal als Jurist sagen, dass der Senat da rechtswidrig handelt. Es ist allerdings kein Alleinstellungsmerkmal. Auch in anderen Landesregierungen handeln Regierungen rechtswidrig gegen ihre Klimaschutzgesetze und müssen sich verklagen lassen, was eine Schande ist, weil die Gesetze gelten, weil man sich an Recht und Gesetz halten muss, insbesondere als Teil der Verwaltung. Was mir aber fehlt, Frau Senatorin, Herr Staatssekretär: Ich hatte vorhin davon gesprochen, dass es eine strategische Entscheidung war, Umwelt und Verkehr zusammenzulegen. Ich würde sagen, dass es aktuell unter Ihrer Führung – und das meine ich nicht als persönlichen Vorwurf, sondern als, wie soll ich sagen, strukturelle Schwäche – zu einer Fehlentscheidung wird, weil Sie den Umwelt- und Klimaschutzbereich dem Bau- und dem Verkehrsbereich unterordnen. Das haben wir vorhin schon beim Staatssekretär gehört, der beim Emmauswald 600 Luxuswohnungen über den Klee lobt, weg mit den Hölzern, sollen sich die Forsten und Neukölln durchsetzen, das haben wir beim vorherigen Tagesordnungspunkt bei der Technologieoffenheit für ganz viel Müllverbrennung gehört, das haben wir jetzt wieder im Bereich des Verkehrs, wo man sich als Klimaschützer und als Umweltschützer fragt, wer für uns kämpft. Die Frage möchte ich gerne noch einmal kurz zusammenspitzen: Gibt es Vorbereitungen in Ihrem Haus für ein Sofortprogramm, die vielleicht intern sind oder diskutiert worden sind, das dann irgendwo in der Verwaltungsebene liegengeblieben ist, oder gibt es das nicht? Gibt es da Vorstellungen für ein Sofortprogramm ja oder nein?

Vorsitzende June Tomiak: Bevor ich der nächsten Personen das Wort erteile, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es schön wäre, sich gegenseitig zuzuhören und auch Zwischengespräche oder Zwiegespräche zu verlagern. Sie alle haben die Möglichkeit, sich jederzeit zu melden und dann noch mal etwas zu sagen. – Als Nächster hat Herr Hansel das Wort.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von uns vielen Dank, Frau Dr. Auer, Frau Dr. Epp, für Ihre Ausführungen! Wir sprechen hier nicht über ein beliebiges Beratungsgremium, auch nicht über eine bloße fachliche Begleitstruktur, sondern ich möchte daher mal grundsätzlich über die Rolle des Klimaschutzes im politischen Entscheidungsprozess und über ein politisches Narrativ sprechen, das diesen Rat faktisch mit normativer Autorität ausstattet. Der Klimaschutzrat wird als unabhängiges Expertengremium präsentiert. Formal berät er den Senat, faktisch aber wirkt er agendasetzend. Der Klimaschutzrat entscheidet zwar nicht, aber seine Stellungnahmen entfalten bindungsähnliche Wirkung. Der Klimaschutzrat ist durch gesetzlich festgeschriebene Zielvorgaben normativ strukturiert, insbesondere durch das gesetzlich gesetzte Leitbild der Klimaneutralität, dem sich auch der Senat und die anderen Fraktionen weiterhin verpflichtet sehen. Es wird nicht mehr gefragt, ob bestimmte klimapolitische Ziele sinnvoll sind, überhaupt erreichbar sind. Es wird nicht mehr gefragt, ob sie technisch realistisch sind, ob sie ökonomisch tragfähig sind, ob sie sozial verantwortbar sind. Es wird nur noch gefragt, wie ambitioniert, wie schnell und wie umfassend sie umgesetzt werden sollen. Der Zielkorridor steht fest. Der Klimaschutzrat optimiert innerhalb dieses Korridors ohne Alternativen, denn die sind strukturell ausgeschlossen. Lassen wir mal die Finanzierungsfrage weg. Wir haben als AfD immer gesagt, wenn Sie Klimaschutz ernst nehmen, müssen Sie etwa 3 bis 5 Milliarden Euro pro Jahr – pro Jahr – bis 2030 mindestens einstellen. Das Geld haben Sie nicht, funktioniert nicht, wird nicht funktioniert. Klimaneutralität wird es in einer Metropole wie Berlin schlichtweg nicht geben.

Das zugrundeliegende Narrativ, das wir alle hier vertreten, lautet: Wir befinden uns im permanenten klimapolitischen Ausnahmezustand. Kollege Dr. Taschner ist hier einer der großen Klimaapokalyptiker; es ist alles schon viel zu spät. Frau Kollegin Vierecke schließt sich dem meistens an. – [Zuruf von Dr. Michael Efler (LINKE): Ich auch!] – Das weiß ich, Herr Dr. Efler, ist auch in Ordnung, kann man alles machen. Es gibt aber eben auch Menschen, die das nicht tun; es gibt auch Leute aus der Wissenschaft, die das nicht tun, will ich jetzt gar nicht weiter problematisieren. Dadurch entwickelt sich aber das Problem Zeitdruck statt Abwägung, moralische Dringlichkeit statt politischer Kontroverse und Expertenautorität statt parlamentarischer Verantwortung. Ich finde es aber immer gut, dass wir hier gemeinsam in diesem Ausschuss sitzen und dass eben auch unsere, ich sage mal, Minderheitenmeinung auch gehört wird und wir das hier auch so entsprechend präsentieren können. Wer Zweifel anmeldet, gilt als unverantwortlich. Wer Kosten benennt, gilt als unsensibel, wer technische oder ökonomische Grenzen aufzeigt, als rückständig oder wissenschaftsfern. Das kennen wir alles. So entsteht keine rationale Politik, sondern moralisch abgesicherte Alternativlosigkeit. Und da haben wir ein Problem, weil die Wähler das zunehmend anders sehen, nicht nur in Deutschland.

Dann die reale Bilanz der sogenannten Klimarettung: Was erleben wir denn konkret? Steigende Energiepreise, sinkende industrielle Wettbewerbsfähigkeit, die Industrialisierung, Investitionszurückhaltung, Standortverlagerungen und zunehmend soziale Spannungen. Diese Zielkonflikte werden im Rahmen der Beratungstätigkeit nicht systematisch offengelegt, das habe ich zumindest noch nicht so wahrgenommen, sondern häufig relativiert oder externalisiert. Denn der Klimaschutzrat ist nicht darauf angelegt, grundlegende Zielkonflikte politisch auszutragen, sondern bestehende Zielsetzungen fachlich zu unterfüttern. Das ist der Auftrag, das kann man Ihnen auch überhaupt nicht vorwerfen, tun wir auch nicht. Beratung wird so zur Legitimationsressource, nicht zur offenen Entscheidungsgrundlage.

Wir sagen allerdings demokratiethoretisch: Politik bedeutet, Interessen offen zu benennen, Alternativen zuzulassen, Entscheidungen zu treffen und dafür einzustehen. Was wir zunehmend beobachten, ist aber etwas anderes. Politik delegiert an Gremien. Parlamente berufen sich auf Expertise, Verantwortung wird verdünnt. Das ist der Übergang von politischer Entscheidungen zu administrativer Zielerfüllung, von Demokratie, zu technischer Governance. Was wir aus unserer Sicht stattdessen brauchen, ist die offene, kontroverse Debatte im Parlament – die haben wir hier, finde ich gut – technisch, ökonomisch und sozial ehrliche Politik – man an sieht an den Umfrageergebnissen, dass es im Wahlverhalten durchaus zunehmende Differenzen gibt; das muss man einmal ernst nehmen –, klare Verantwortung dort, wo sie hingehört, nämlich bei den gewählten Abgeordneten. Wir sagen: Das Narrativ der Klimaretung darf nicht länger als Schutzschild gegen politische Kritik dienen. Dem widersprechen wir im Interesse der Demokratie, im Interesse wirtschaftlicher Vernunft und im Interesse der Bürger. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Als Nächste hat das Wort Frau Vierecke.

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Nur weil das kurz von Herrn Freymark angesprochen wurde, wollte ich noch mal eine kleine Sache klarstellen: Wir haben eine gute Zusammenarbeit im parlamentarischen Bereich, aber der Senatsentwurf des Haushalts war Senatshandeln. Es gab einen Eckwertebeschluss für den Einzelplan 07, aber die Entscheidung, ob die Gelder in den Umwelt- oder den Verkehrsbereich gehen und also maßgeblich zulasten des Umweltbereichs der Verkehrsbereich gestärkt wurde, ist eine Entscheidung des Senats gewesen, und da war die SPD nicht mit am Tisch, und das hätten wir so auch nicht mitgetragen und deswegen haben wir es auch korrigiert. Es kann sein, dass Frau Bonde das anders sieht, aber das will ich mal ganz klar sagen. Wir haben als SPD-Fraktion ganz klar zu jedem Zeitpunkt gesagt, dass wir uns sehr gewünscht hätten, Einnahmensteigerungen zu machen, da war leider kein Zusammenkommen. Das hätten wir uns gerne für diesen Haushalt gewünscht. Insofern muss ich da eine kleine Korrektur machen und diesen Wortbeitrag hier noch mal so anführen. – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Als Nächster ist Herr Dr. Efler an der Reihe.

Dr. Michael Efler (LINKE): Danke! – Ich will es auch relativ kurz machen. Nur ganz kurz zu Herrn Hansel: Ich glaube, der Klimaschutzrat wäre froh, wenn seine Stellungnahmen wirklich eine Bindungswirkung entfalten würden. Die politische Verantwortung bleibt doch vollkommen erhalten. Das haben Sie selbst, glaube ich, auch eingesehen, während Sie gesprochen haben, dass das ein Beratungsgremium ist und dass die Entscheidung natürlich bei den Gremien im Parlament oder auch im Senat bleiben. Natürlich haben Sie die Positionen vertreten, die sie immer vertreten. Wo ist das Problem? Immer diese Leier von wegen: Sie können Ihre Meinung nicht sagen. – Sie machen das ständig mit Monstranz, und dann wird man sehen, wer sich durchsetzt. Sie verweisen jetzt auf bestimmte Wahlerfolge, die Sie haben. Ja, okay, aber ich würde sagen, dass es immer noch ganz klare Mehrheiten für Klimaschutz gibt. Sie vertreten immer noch eine Minderheitenmeinung, um das auch einmal deutlich zu sagen, aber diese Leier, irgendwie wird hier was gedeckelt, und man kann etwas nicht sagen, ist überhaupt nicht überzeugend.

Aber ich wollte mich eigentlich zu Herrn Freymark äußern. Sie unterliegen einer Verwechslung – ja, das muss ich leider so öffentlich klarstellen –, und zwar zum Monitoring. Es gibt

zwei verschiedene Monitoring zum BEK, und zwar gibt es das gesetzlich vorgeschriebene Monitoring, und dann gibt es ein Haushaltsmonitoring; das ist ein Auflagenbeschluss zum Haushalt. Sie haben, glaube ich, zu dem Haushaltsmonitoring gesprochen. Das ist in der Tat ehrlicherweise nicht besonders interessant, aber mir ging es in meinem Statement vorhin um das gesetzliche Monitoring. Da ist es so, dass wir den letzten Bericht im Februar 2023 bekommen haben. Wir interpretieren das Gesetz so, und das ist eigentlich ziemlich deutlich, dass das nächste Monitoring im letzten Jahr hätte vorliegen müssen. Es liegt aber nicht vor. Deswegen habe ich vorhin von einem gesetzeswidrigen Monitoring gesprochen. An der Stelle noch einmal die Frage an den Senat, der das weglacht, weil es ihm wahrscheinlich nicht so wichtig ist: Wann ist mit dem nächsten gesetzlichen BEK-Monitoring zu rechnen?

Vorsitzende June Tomiak: Wir sind erst einmal am Ende der Aussprache angekommen. Jetzt würden wir zur Beantwortung durch unsere Anzuhörenden kommen. Wenn Sie möchten, können Sie das aufteilen, aber ansonsten würde ich mit Frau Dr. Auer anfangen.

Dr. Cornelia Auer (Klimaschutzrat Berlin): Vielen herzlichen Dank für die vielen Fragen! Wir würden wahrscheinlich sequenziell durchgehen, so wie die Fragen gestellt wurden, außer sie überlappen sich. – Die Wärmeplanung und generell die Transformation in der Wärme ist ein ganz wichtiges Thema bei uns, auch die von Ihnen angesprochenen Prüfgebiete sind auch etwas, die uns intern beschäftigen, aber erst mal nur in einem kleinen Kreis. Die große Sorge ist, dass die Fernwärme sicherlich in ihren Bahnen ist und hoffentlich dann auch genügend Wärme für die Berliner Bevölkerung liefern kann und Einfamilienhäuser wahrscheinlich eher Wärmepumpenlösungen haben, aber was passiert in den Prüfgebieten? Da ist zu Recht eine Angst, dass das im Endeffekt in einen leeren Raum laufen könnte, dass es sehr gemischte Strukturen gibt, Eigentümer, Mieterinnen und Mieter, Anbieter et cetera. Wie wird damit umgegangen? Ist es wirklich sichergestellt, dass bei der Umsetzung die nötigen Informationen zur Verfügung stehen, dass es einen Prozess gibt, wie die einzelnen Akteure zusammengeführt werden können? Da ist uns nicht unbedingt klar, in welcher Rolle sich der Senat sieht oder welche Rolle den Bezirken übergeben werden soll. Es gibt in anderen Bundesländer das Konzept des Energie- oder Wärmewendemanagers. So etwas könnte man auf Bezirksebene einsetzen. Die können auch über die Wärmewende hinaus in den Bezirken tätig werden und sich in Teilen selbst wieder gegenfinanzieren, weil sie auch permanent Einsparungspotenziale erkennen. In jedem Fall ist es ganz wichtig, dass dieser Prozess in den Prüfgebieten nicht ins Leere läuft. Die Umsetzung muss stattfinden. Man könnte sich auch einen Beteiligungsprozess überlegen, aber in jedem Fall würden wir vom Klimaschutzrat gerne mehr Transparenz haben, was denn hier geplant ist. Das würde uns sehr interessieren. Zur Fernwärme würde ich an meine Kollegin Julia Epp übergeben.

Dr. Julia Epp (Klimaschutzrat Berlin): Wir haben das Thema Prüfgebiete aber auch schon mit der Senatsverwaltung, also mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Senatsverwaltung, letztes Jahr mal kurz angesprochen und kamen alle zu dem Schluss, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, weil man die Anwohner und Anwohnerinnen ohne Informationen stehen lässt. Das ist angesichts dessen, dass es gesellschaftliche Erwartungen an die Wärmewende gibt, schon ein großes Thema.

Beim Thema Fernwärme und Dekarbonisierung der Fernwärme der Wärme haben wir als Klimaschutzrat unterschiedliche Meinungen, welche Pfade und welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, welche Energieträger infrage kommen – Biomasse, Wasserstoff. Bei Was-

serstoff sind wir uns relativ einig, aber bei Biomasse und Großwärmepumpen und Elektrifizierung sind wir uns nicht per se einig. Wir sind uns einig, dass es gewisse Widersprüche hervorruft, wenn man sagt, man geht in die Biomasseverbrennung, gleichzeitig verabschiedet man einen Baumentscheid. Es gibt immer wieder Widersprüche, die auch in anderen Bereichen deutlich werden. In diesem Ausmaß, das kann ich jetzt als BUND-Vertreterin sagen, in die Biomasse zu investieren, ergibt aus ökologischen Gründen keinen Sinn.

Wenn man sich die anderen Bundesländer, andere Kommunen anschaut, die ebenso in die Wärmeplanung gehen, bleibt die Frage, woher die Biomasse, die deutschlandweit verplant wird für eine Wärmeverbrennung kommen soll, meistens unbeantwortet, was ein großes Problem ist. Wie das mit der Biodiversitätskrise zu vereinbaren ist, ist dann das nächste Problem. Dementsprechend sehen wir da große Probleme, und bei der Müllverbrennung ist es ähnlich. Es gibt das Zero-Waste-Ziel und -Konzept und -Gesetz. Da ergeben sich unseres Erachtens viel mehr Potenziale, wenn man sich darauf konzentrieren würde, wie man biogene Abfälle besser trennt und für die Wärmeverbrennung verwertet, als zusätzliche Anlagen zu bauen, die den Restmüll verbrennen.

Dr. Cornelia Auer (Klimaschutzrat Berlin): Denn zu der Frage: Werden Sie gehört? Wie ist die Zusammenarbeit? Wie viel Austausch findet mit der Frau Senatorin statt? – Wir sind sehr hoffnungsvoll gestartet und dachten eigentlich, dass wir auf einem guten Weg sind. Leider Gottes wissen wir gar nicht mehr, wann der letzte Austausch stattgefunden hat. Zum Thema Zielverfehlung hatten wir ein gut aufbereitetes Dokument an die Frau Senatorin geschickt, mit selbsterstellten Grafiken, wie denn die Emissionsentwicklung sich abzeichnet, und um ein Gespräch gebeten, um einen Austausch, um hier Lösungen zu finden. Wir haben auf diese E-Mail noch nicht mal eine Antwort bekommen, von der Senatskommission ganz zu schweigen, dass wir jemals angefragt oder integriert worden wären. Wie gesagt, der Austausch auf Arbeitsebene findet durchaus statt, auf Leitungsebene sehr reduziert. Wir hatten einen Austausch mit dem Herrn Staatssekretär, aber ansonsten wirklich ein Minimum. Wir sind sozusagen kaltgestellt.

Wie ist die Arbeit im Klimaschutzrat – um zu etwas Erfreulichen zu kommen –? – Ich habe vorher gesagt, dass die Dringlichkeit des Klimaschutzes allen Akteuren bewusst ist, egal welcher Couleur. Es wurde gefragt, wie einig sind wir, wenn wir einstimmig ein Dokument verabschieden: Wir gehen hier schon in die Details. Wenn wir so eine Stellungnahme verfassen, dann kann es durchaus passieren, dass auch zwei Tage vor Veröffentlichung es noch einmal einen Call gibt, um letzte Details zu schleifen. Das war auch bei dem Wasserstoffpapier so. Ein Kollege hatte Bedenken angemeldet, also gab es frühmorgens einen Call, wo die Bedenken unter den Kollegen ausgeräumt wurden, geklärt, und dann auch in der Stellungnahme verschriftlicht. In diesen Stellungnahmen sieht man – wenn man sie dann liest –, dass die wirklich durchdacht und geschliffen sind, sodass wirklich das ganze Gremium dahinterstehen kann. Dafür, dass wir ehrenamtlich arbeiten, finde ich, ist es schon beachtlich.

Diesbezüglich wurden wir dann auch zur Unterstützung gefragt, auch seitens der Geschäftsstelle. Hier können wir uns ganz herzlich bei Annette Stolle bedanken, die uns immer im Rahmen ihrer Möglichkeiten hervorragend zuarbeitet. Wenn uns aber so Fragen wie zum Haushalt gestellt werden, dann muss man einfach sagen: Es gibt diesen Bericht Klimagerechtes Haushalten. Wann sollen wir denn durcharbeiten? Wir machen dann eine eigene AG, wenn wir die Kapazitäten haben, und dann machen wir das. Natürlich wäre es für uns, wenn

Sie uns als beratendes, kritisches Gremium schätzen, hilfreich, wenn wir noch ein bisschen mehr Kapazitäten hätten, wo uns zum Beispiel ein aufbereiteter Bericht zu diesem Bericht erstellt wird. Wir können diese Rohdaten nicht in dem Umfang verarbeiten. Das ist im Zweifelsfall Ihre Aufgabe oder dass uns jemand zuarbeiten könnte.

Herr Freymark! Wenn Sie uns fragen, wo wir denn die Verkehrsdaten herbekommen: Ja, wir gehen auf die Webseite des Amts für Statistik, laden die Excel runter und bearbeiten die. Ich denke, da werden Sie sie auch herbekommen. Vielleicht wäre Ihnen auch schon früher aufgefallen, dass die Daten nicht da sind. Das ist nämlich der große Unterschied, dass wir noch nicht mal die Daten hatten, zu sehen, es geht schief, es geht daneben, aber wir können uns gar nicht äußern. Wir müssen uns und wollen uns auch an die Spielregeln halten, aber wenn wir noch nicht mal die grundlegenden Daten geschweige denn irgendwelche detaillierten Analysen bekommen, können wir unsere Arbeit nicht ordentlich machen. Das ist ganz wichtig. – [Zuruf von Danny Freymark (CDU)] – Die Daten wurden früher schon regelmäßig auf der Webseite veröffentlicht. Die Veröffentlichung wurde auch verzögert. Plötzlich waren die dann auf irgendeiner Unterseite doch zu finden. Das ist aber doch kein Arbeiten, bei aller Liebe!

BENE, welche Projekte, natürlich Genossenschaften et cetera: Einfach so einen ganzen Haushalt durchzuarbeiten – – Ich habe das auf dem Weg in Urlaub nach Kroatien gemacht, weil der Haushalt verabschiedet wurde. Das ist aber viel Arbeit, und es ist auch nicht ein Format, was einem per se entgegenkommt. – Vielen Dank!

Dr. Julia Epp (Klimaschutzrat Berlin): Ich würde an den Kommentar von Herr Lux anknüpfen wollen, dass wir wirklich mit vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Senatsverwaltung und auch im Parlament eine gute Arbeitsebene finden. Ich würde mich auch noch über einen stärkeren Austausch mit der CDU freuen, weil ich denke, dass viele der Zielkonflikte, die es im Klimaschutz gibt, vielleicht auch aus Bedenken von der CDU stammen, und wir als Klimaschutzrat uns freuen würden, wenn wir mit unserer Beratung anknüpfungsfähig sind und mit der CDU in einen stärkeren Austausch kommen können, um Fragen zum BEK oder zu anderen Problemen auszuräumen und auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.

Ich glaube, auch gerade gesellschaftspolitisch ist das extrem wichtig, weil wir sehen, dass Klimaschutz entgegen dem, was gesagt wurde, auch bei der AfD eigentlich noch einen hohen Stellenwert hat. Wir sehen, dass in der Bevölkerung 80 bis 90 Prozent der Menschen immer noch Klimaschutz unterstützen, auch wenn sie gegebenenfalls andere Parteien wählen und sich wahrscheinlich ein konservatives Narrativ auch zum Klimaschutz wünschen. Wie kann Klimaschutz mit traditionellen Werten funktionieren? Da fehlt uns, wie gesagt, auf der politischen Ebene oft eine klare Richtlinie.

Sie hatten auch das Thema Verkehr angesprochen. Das Thema Verkehr ist in Ihrer Verantwortung. Es ist die Verantwortung der Regierung, der regierenden Partei, der regierenden Senatorin zu zeigen, wie Klimaschutz im Verkehrsbereich stattfinden kann. Da fehlt es unseres Erachtens an einer klaren Leitlinie, an einer klaren Strategie, an klaren Zielen, an denen wir uns entlang handeln können. Anwohnerparken mag vielleicht ein kleiner Baustein sein, aber die anderen Themen sind bekannt, ob es jetzt mit einem Sofortprogramm mit Radverkehr, Ausbau des Umweltverbundes, all diese Maßnahmen sind im Prinzip im BEK oder auch in anderen politischen Maßnahmen niedergeschrieben. Wir fangen nicht bei null an, und das ist ja auch eigentlich das Tolle an Berlin. Es gibt eine gute Vorarbeit, die man, an die man anknüpfen könnte. Ich sehe da eigentlich Potentiale, schnell ein Narrativ zu entwickeln, das Verkehr in eine richtige Richtung lenkt. Ich würde mich freuen, wenn man da noch einmal anknüpfen könnte.

Selbstverständlich ist Wärmewende auch eine große Baustelle, das kann man gar nicht wegreden. Deswegen hat der Klimaschutzrat eigentlich immer die gleichen Themen Verkehr und Wärmewende. Auch da sind große Baustellen zu erwarten. Sozial verträglich ist auch das eine große Baustelle. Wenn es darum geht, den Dekarbonisierungsfahrplan zu veröffentlichen, erwarten wir schon auch viele Fragen aus der Bevölkerung, wie das funktionieren soll. Spätestens – und das haben wir auch im Dialog mit den anderen Akteuren im Klimaschutzrat gesehen – wenn es darum geht, Straßen aufzureißen, in Gebäude reinzugehen, zu sanieren – all das muss passieren –, wird die Bevölkerung sehr viele Bedenken und Sorgen haben. Ich finde, da sollte man sich strategisch gut darauf vorbereiten. Da steht der Klimaschutzrat auch mit viel Expertise zur Verfügung, um zu überlegen, wie man hier gut kommunizieren kann, wie man gut dem Backlash oder vielleicht auch den Bedenken der Bevölkerung entgegenwirken kann, um hier eine gemeinsame, sinnvolle Strategie zu entwickeln. Denn Akzeptanz für Klimaschutz ist auf einer abstrakten Ebene ganz häufig da, aber wie man das dann umsetzt, da wird es dann häufig problematisch. Deswegen sehen wir das als Aufgabe der Politik, hier Maßnahmen zu entwickeln, die von der Wissenschaft und von der Bevölkerung mitgetragen werden. – Möchtest du noch etwas zur Zero Emission Zone sagen?

Dr. Cornelia Auer (Klimaschutzrat Berlin): Wir wurden nach der rechtlichen Situation der Zero Emission Zone gefragt. Wir haben auch tatsächlich eine Kurzstudie in Auftrag gegeben, in der es um die CO₂-Effekte geht. Da war das Feedback aus einem juristischen Dokument, dass sich durch die Prüfung des Verkehrsentscheids eine neue Situation ergeben hat und davon ausgehen kann, dass die Rechtshoheit schon gegeben ist, also dass man in Berlin durchaus eine Zero Emission Zone etablieren könnte.

Dr. Julia Epp (Klimaschutzrat Berlin): Dann gab es noch eine Frage zum Klimawandelanpassungsgesetz. Natürlich ist es begrüßenswert, dass das Thema Baumentscheidung und Klimawandelanpassung aufgegriffen wird und auch finanziell unterstützt werden soll, obwohl

wir uns auch die Frage stellen, ob die finanziellen Zusagen, die da getätigt wurden, fix sind. Ist das verbindlich? Wird das Geld für den Baumentscheid wie vereinbart dauerhaft zur Verfügung gestellt, oder gibt es noch irgendwelche Unsicherheiten, mit denen man rechnen müsste? Klimawandelanpassung reicht aber nicht aus. Wir befinden uns in einer Situation, in der viele Wissenschaftler sich einig sind, dass wir eigentlich noch handeln müssen, also sehr dringend handeln müssen, um die CO₂-Einsparung und die Klimaschutzziele zu erreichen. Da ist eben noch nicht alles vorbei. Jedes kleine Bisschen, was wir jetzt noch machen können, ist in unserer Verantwortung und hilft den zukünftigen Generationen. Es ist unendlich wichtig, dass wir das tun. Die Klimaschutzziele verfehlen wir den aktuellen Prognosen zufolge, aber das heißt ja nicht, dass wir nicht noch handeln können, um wieder auf den richtigen Pfad zu kommen. Das ist die wichtige Message, die wir auch mitgeben wollen. Wenn die entsprechenden Maßnahmen umgesetzt würden, die eigentlich alle bekannt sind und vorliegen, ob im BEK oder woanders, könnte man wieder auf einen Pfad kommen, der uns den Klimaschutzziele wesentlich näher bringt. Die Prognosen aber, die wir jetzt eben erstellt haben – die finden Sie auch auf der Seite des Klimaschutzrates –, zeigen, dass wir nicht auf dem Pfad sind, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Dr. Cornelia Auer (Klimaschutzrat Berlin): Ich habe den Eindruck, dass weitestgehend die Fragen beantwortet haben. Noch mal zum Monitoring: Das würden wir gerne noch einmal mitgeben, weil es auch eine Frage zum BEK gab. Wir hören ganz unterschiedliche Signale, was eigentlich geplant ist. Gibt es jetzt eine EWG-Novelle? Wann gibt es die? Was passiert eigentlich? Es ist nicht so ganz transparent für uns, was wir eigentlich zu erwarten haben. Wenn aber diese Novelle kommt, würden wir uns ein Monitoring wünschen, das für alle Beteiligten hilfreich ist, dass es über die blanken Zahlen der Sektoren hinausgeht, dass man sich wichtige Indikatoren vornimmt, um zu sehen, welche Maßnahmen Ergebnisse tragen, und so weiter und so fort. Ich merke schon, dass mir niemand mehr zu hört, aber ich versuche es trotzdem! Es ist schon wichtig, dass wir wissen, in welche Richtung wir gehen und nicht in einem Blindflug unterwegs sind.

Zur Frage, was wir als Veranstaltung planen: Herr Freymark, Sie müssen nicht erschrecken. Ich bin überrascht, dass Sie erschrecken. Wir haben in der Vergangenheit noch nie etwas gemacht, wo jemand erschrecken muss. Es geht um eine Podiumsdiskussion, um unsere Brückenfunktion zwischen Ihnen und der Gesellschaft wahrzunehmen, um vor der Wahl zu hören, was die verschiedenen Parteien planen.

Zu Herrn Hansel würde ich sagen: Ich wünschte, wir würden so gut gehört werden, wie Sie das behaupten. Sie sprechen hier von Agenda-Setting; man kommt kaum mit, was Sie hier alles wähen. Ich denke, wenn Sie uns betrachten, können Sie uns als eine Art Ärzteteam sehen. Wie ein Körper gesund sein muss, muss auch ein Planet, eine Umwelt gesund sein. Aus dieser Sicht heraus agieren und kommunizieren wir. Natürlich kommunizieren wir für die Gesundheit des Klimas, das ist ganz klar. Da ist sonst nichts dahinter, außer die Gesetze der Physik, denen auch Sie sich beugen müssen. Meine Kollegin hat es schon gesagt: 2,8 Grad Celsius Erwärmung – was die aktuelle Prognose ist, wenn wir so weitermachen –, ist eine ganz andere Welt als eine, die noch unter 2 Grad Celsius bleibt. Das sehen wir weltweit, was gerade an Extremereignissen stattfinden.

Zu den steigenden Energiepreisen kann ich Ihnen nur sagen: Ich weiß ich nicht, wie Sie auf die Idee kommen, dass das primär mit Klimaschutz korreliert ist. Das sind die Krisen, das ist

die Importabhängigkeit von Energie. Umso mehr wir auf Erneuerbare, auf lokale Wärme, Mobilitätslösungen und, und, und setzen, desto mehr stabilisieren wir unsere Preise und desto unabhängiger machen wir uns auch. Krisengebeutelte Märkte werden wahrscheinlich, so wie die aktuelle Nachrichtenlage ist, nicht weniger werden in Zukunft. – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Es gab Fragen, die an den Senat gerichtet worden sind, und ich würde an Herrn Staatssekretär Kraus abgeben.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herrn Abgeordnete! – Zunächst einmal möchte ich auf meine Einleitung verweisen und meinen Dank an den Klimaschutzrat, dass Sie unbequem sind und kritische Fragen stellen, erneuern, und vor allen Dingen auch, dass Sie das ehrenamtlich tun. Vielleicht ist Ihnen das deswegen, weil es eine ehrenamtliche Tätigkeit ist, auch untergegangen, und das möchte ich jetzt an dieser Stelle auch richtigstellen: Sie hatten gesagt, dass Sie einmal im Austausch mit mir waren und generell gesagt, dass Sie nicht häufig genug im Austausch sind. Lassen Sie mich das bitte richtigstellen. Ich bin seit viereinhalb Monaten im Amt und allein in diesen viereinhalb Monaten habe ich laut meiner Kalender und ausweislich laut Protokoll zweimal an Sitzungen Ihres Gremiums in persona teilgenommen. Lassen Sie mich das bitte richtigstellen. Auch meine Vorgängerin hat an zahlreichen Sitzungen teilgenommen.

Sie haben auch gesagt, Sie hätten keinen Austauschmöglichkeit und keinen Ansprechpartner aufseiten der Verkehrsverwaltung unseres Hauses. Da möchte ich auch darauf verweisen, dass Sie mit Herrn Wieczorek sehr intensiv bei Sitzungen im Austausch waren und sehr offen auch diskutiert haben, wie hiesigerseits bekannt ist. Und vor allem möchte ich darauf hinweisen, dass auch die Senatorin schon an verschiedenen Sitzungen teilgenommen hat. Das möchte jetzt einfach noch mal richtigstellen, weil Frau Viereck da auch von „peinlich“ gesprochen hat – – [Zuruf von Linda Vierecke (SPD)] – Entschuldigung, dann nehme ich das zurück! Es ist nicht peinlich, weil wir teilgenommen haben, im ständigen Austausch mit dem Gremium sind, und ich möchte auch noch mal sagen, dass wir auch außerhalb der Sitzungen im guten Austausch mit einzelnen Mitgliedern des Gremiums zu diesen verschiedenen Themen sind.

Wollen wir noch mal zurückkommen; es sind so viele Dinge durcheinandergekommen: Herr Lux, die Senatorin hat in der letzten Sitzung zum Thema BENE sehr ausführlich Stellung bezogen. Sie sagen an vielen Stellen auch, dass wir uns nicht an Recht und Gesetz halten. Dem ist nicht so, und das weise ich auch zurück. Beim BENE 2 geht es allerdings – Sie sind ja Jurist – nicht um Recht und Gesetz, sondern oftmals auch um Grundrechenarten. Wenn Sie davon sprechen, dass wir bei der EU Geld liegenlassen: Wenn ich die 60 Cent nicht im Haushalt habe, um den Eigenanteil zu finanzieren, dann kann ich auch die 40 Cent der EU nicht in Anspruch nehmen. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE): Die haben Sie!] – Das hat etwas mit Rechnen zu tun. Wir erklären Ihnen gerne auch noch einmal – wenn Sie die 2,3 Milliarden Euro ansprechen –, was der Unterschied zwischen Invest und Rendite ist und wie es per Eigenkapital und Eigenkapitalerhöhung Unternehmen dann auch möglich ist, über Kredite einen Hebel zu erzielen. Denn das ist das Privatwirtschaftliche an der Stelle, dass wir auch hebeln können. Allerdings – da sind wir dankbar, dass aufseiten der Koalition nachgesteuert wurde – können wir jetzt mehr EU-Mittel heben. Vor allen Dingen das Sondervermögen führt auch dazu, dass wir da deutlich mehr in Zukunft machen können. Das wird auch davon abhängig sein, welche Einzelmaßnahmen aus dem Sondervermögen finanziert werden, aber ich bin zu-

versichtlich, dass wir kein Geld auf der Straße liegenlassen, höchstens in Straßen verbauen können

Diese Umschichtung: Wir haben im Bereich Verkehr Nachholbedarf, weil im letzten Doppelhaushalt im Verkehrsbereich massiv gestrichen worden ist. Jetzt wird halt auch im Verkehrsbereich dort nachgeholt, wo es notwendig und sinnvoll ist. Das führt aber auch dazu, dass wir dort auf die Dauer CO₂-Einsparungen erzielen können.

Es gab auch eine Frage zur Senatskommission: Ich finde, wir haben schon ein gutes Beratungsgremium. Wir können noch mehr Gremien tagen lassen, noch mehr Kommissionen tagen lassen, noch mehr Beiräte gründen, oder wir können ins Handeln kommen. Dieser Senat kommt ins Handeln und investiert in Klimaschutz, und zwar in umfassenden Klimaschutz. Das bedeutet auch in die Dekarbonisierung des Verkehrs, das wird sichtbar werden, und das ist dann auch in den Zahlen in der Zukunft nachvollziehbar, wenn wir beispielsweise mehr Geld in die Dekarbonisierung des ÖPNV stecken. Wir stehen auch für die Stärkung des Umweltverbundes, und das ist aus unserer Sicht heraus die Ganzheitlichkeit des Klimaschutzes, übrigens auch wenn wir Geld investieren und Aufmerksamkeit auf die Stabilisierung des U-Bahn-Netzes, des Busnetzes und auch der S-Bahn legen – dort auch mit kleinen Schritten, ja, aber wir hatten an manchen Stellen, bei der S-Bahn, hin und wieder schlechten Ausgangspunkte. Das wird aber auch besser und stabiler und sichtbarer. Nur dann, wenn die Menschen auch zuverlässig auf saubere und pünktliche Busse, U-Bahnen und S-Bahnen umsteigen können, können wir auf der anderen Seite für den Pkw- und den motorisierten Individualverkehr entsprechende Reduktionen erwarten. Sie müssen erst einmal ein Angebot bilden, dass die Menschen auch umsteigen können. Alles andere wäre eine unverantwortliche Verbotspolitik aus unserer Sicht heraus.

Vielleicht noch einmal zum Thema Monitoring, weil da auch wieder sehr viel nachgefragt worden ist und an manchen Stellen auch in Zweifel gezogen wird, dass wir da nachhaltig monitoren und berichten: Ich möchte auf den aktuellen Bericht des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zum Thema Energie und CO₂-Bilanz für Berlin verweisen. Das ist vielleicht auch eine Institution, die auch Herr Lux mehr zutraut, als er vielleicht uns zutrauen würde. Dieses Amt für Statistik hat für 2023 die finalen Zahlen und für 2024 die vorläufigen Zahlen veröffentlicht. In der Sektorenbetrachtung zeigt sich, dass einerseits der Energiesektor bei Fortschreibung der aktuellen Entwicklung sein Ziel für 2030 erreichen wird, weil wir beim Verbrauch von Erdgas, Kohle und Mineralöl reduzieren und einen Rekordzubau bei der Photovoltaik von rund 101 Megawatt im Jahr 2024 haben. Der zeigt auch im Verkehrssektor, dass es dort strukturelle, positive Veränderungen gibt, und zwar in der Richtung, dass wir zwar 2024 noch einen leichten Anstieg gegenüber 2023 haben – insbesondere in der Folge der Seitwärtsbewegung des Straßenverkehrs und weiteren zunehmenden Emissionen im Luftverkehr –, aber eben der Anteil des motorisierten Individualverkehrs zurückgeht und der Schienenverkehr entsprechend seinen Beitrag leistet und dann auch sichtbar wird, dass der ÖPNV klimaneutraler wird. Die Monitoringzahlen sind da, und dann ist es die Frage, ob ich die böseartig interpretiere oder eben nicht. Dass gemeinsam noch große Aufgaben zu leisten sind, ist uns, glaube ich, allen bewusst, zumindest dieser demokratischen Hälfte des Saales ist auch bewusst, dass da Handlungsbedarf und Notwendigkeit da ist und sich das nicht für populistische Spielereien eignet.

Was uns aber auch wichtig ist, ist die Technologieoffenheit. Da muss ich auch ganz ehrlich sagen: Ja, es ist richtig, dass Wasserstoff bei der dezentralen Heizung zum Beispiel wahrscheinlich keine Rolle in Zukunft spielen wird, dass wir den Wasserstoff aber durchaus brauchen, beispielsweise im Bereich des Schienenverkehrs, dort, wo eine Elektrifizierung der Schienenwege nicht sinnvoll ist, dass wir Wasserstoff beispielsweise auch für die Reduzierung der Emissionen im Flugverkehr nutzen könnten, in Zukunft, wo wir das nicht über E-Fuels oder andere alternative Treibstoffe jetzt schon tun können

Vielleicht auch noch einmal zum Thema Sofortprogramm: Soweit mir bekannt ist, wurde die Klimanotlage 2019 ausgerufen. Da haben wir gesagt, dass es Ad-hoc-Maßnahmen und ein Sofortprogramm braucht. Das hat dann auch noch mal 1,5 Jahre oder fast zwei Jahre gedauert. Wir haben mit dem Klimapakt ein Sofortprogramm, wo wir handeln, wo wir investieren, wo wir Klimavorteile daraus für die Menschen in Berlin und für unsere Verkehrssysteme zeitigen und sehen werden. So gesehen sehen wir auch einer Klage der DUH, die uns auch zugegangen ist, gelassen entgegen, weil wir uns nichts vorzuwerfen haben, weil wir hier arbeiten und machen und tun und ins Tun gekommen sind, anstatt immer nur darüber zu reden.

Vorsitzende June Tomiak: Ich habe jetzt noch vier weitere Personen auf der Rednerliste. Ich will kurz darauf hinweisen, dass wir noch zwei Punkte auf der Tagesordnung haben, die wir heute länger besprechen wollten, dass das alle zur Kenntnis genommen haben! Als Nächster hat Herr Freymark das Wort.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Das ist heute eine wirklich sehr interessante Debatte, weil es in diesem Ausschuss selten so weit auseinander gegangen ist zwischen – aus meiner Perspektive – Wirklichkeit und dem, wie Dinge gesehen werden, aus welchen Motiven heraus auch immer. Meine erste Feststellung!

Meine zweite ist – ich habe das vorhin so ein bisschen durch die Blume an den Klimaschutzrat gesagt, dass der Kontakt nicht so intensiv ist –: Heute nehme ich Sie tatsächlich eher als politischen Akteur statt als Berater wahr. Sie haben die Aufgabe, den Senat und das Abgeordnetenhaus zu beraten. Ich fühle mich ehrlich gesagt kaum beraten. Wir haben Sie eingeladen, das machen wir auch total gerne und aus der Überzeugung heraus, dass es richtig ist. Ich bin ein großer Fan dafür, dass es einen regelmäßigen Austausch gibt. Deswegen bin ich sehr dankbar über die Klarstellung, die mit Sicherheit wahrheitsmäßig ist. Wenn der Staatssekretär sagt, es gibt einen Austausch, vielleicht noch einmal die Kalender übereinanderlegen oder drüber nachdenken, welchen Eindruck man erwecken will. Für mich ist aber klar, dass es diesen Austausch gibt. Den gibt es aber mit uns nicht. Es gibt den offensichtlich mit einigen Fraktionen hier. Frau Dr. Epp, Sie können das gerne noch mal darstellen. Die CDU-Fraktion hat kein einziges Gesprächsangebot bekommen, und wir würden auch niemals ein Gesprächsangebot des Klimaschutzrates oder von Ihnen persönlich ausschließen. Ganz sicher nicht, ganz im Gegenteil! Wir sind hochgradig motiviert.

Wir haben, das habe ich vorhin dargestellt, mit dem Sondervermögen ein massives Investitionsprogramm, das keine andere Fraktion, keine Koalition, keine andere Regierung vorher zur Verfügung gestellt hat. Es ist nicht so, dass irgendetwas in dieser Regierung verändert wurde, beschnitten oder abgebaut wurde. Ich kenne kein Solarpaneel, das von dieser Regierung abgebaut wurde. Ich kenne keine Dachbegrünung, die wieder zu Schotter oder zu Stein umgebaut wurde. Ich kenne im Übrigen keinen Radweg, der zurückgebaut wurde. Ich kenne aber

ganz viele, die gebaut werden. Ich kenne kein Umspannwerk – – Damit wir überhaupt den ÖPNV auf einer Qualität halten können, damit das System nicht zusammenbricht, werden gerade sechs nicht abgebaut, da werden sechs neue gebaut, allein im Berliner Osten. Es sind so viele Aufgaben über viele Fraktionen der Vergangenheit liegengelassen worden, die jetzt nachgeholt werden müssen. Das macht diese Regierung. Wenn der Eindruck erweckt werden soll, dass diese Regierung gerade irgendetwas zurückdreht oder wir mehr CO₂-Ausstoß haben, dann verwehre ich mich dagegen. Es gibt keine einzige Zahl, die das belegt, und wenn, dann belegen Sie bitte es ganz konkret.

Dass Herr Lux uns missverstehen will, die Erklärung dafür hat er nur für sich selbst, und ich will sie gar nicht hören. Es ist aber so, dass 2,3 Milliarden Euro Eigenkapitalerhöhung bei den landeseigenen Gesellschaften ermöglicht werden, damit daraus resultierend Maßnahmen mit bis 13 Milliarden Euro Investitionen getätigt werden können. Da reden wir im Gebäudesektor von diversen Maßnahmen, die notwendig sind, wir reden bei der Energieerzeugung davon. Es sind durch dieses Klimapaket des Klimapakts so viele Möglichkeiten gegeben, wie wir sie vorher noch nie hatten. Dass Sie dafür aus Oppositionssicht keine Wertschätzung haben, kann ich sogar parteipolitisch nachvollziehen. Ich würde es nicht machen, ich würde so nicht agieren. Es ist aber legitim, aus Ihrer Sicht das zu machen; ich würde es nicht machen. Dass aber der Klimaschutzrat sich daran beteiligt, enttäuscht mich. Das enttäuscht mich tatsächlich, weil ich den Eindruck nicht habe, dass Sie hier beratend auftreten, sondern wertend. Und ich glaube, da ist ein Gap, den man miteinander schließen kann und sollte.

Wo ich explizit recht gebe, ist die Frage, wie wir an Datenmaterial kommen. Herr Staatssekretär hat gerade 2023/2024 genannt. Immerhin hat man die Zahlen von 2024. Ich glaube, wir sollten schon untereinander ein klares Verständnis dafür haben, dass wir an mehr Zahlen kommen, dass wir daran schneller kommen und dass die Senatsverwaltung dafür auch Plattformgeber ist. Natürlich will ich nicht, dass Frau Dr. Auer 20 Stunden Excel-Tabellen zusammentragen muss, um eventuell zu dem Ergebnis zu kommen – was hier bisher übrigens nicht belegt ist –, dass der Verkehrsbereich deutlich mehr CO₂ oder überhaupt mehr CO₂ ausstößt. Keiner hat eine Zahl genannt, was mehr CO₂ an ausgestoßen wurde, können wir aber gerne noch einmal miteinander diskutieren.

Abschließend: Ich glaube, ganz wichtig gerade auch für die Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzrat ist immer ein grundsätzliches Wohlwollen von allen Beteiligten. Fehlt das, dann ist auch klar, dass die Zusammenarbeit darunter leidet und auch das Vertrauen. Ich würde mir wünschen, dass wir das auf ein anderes Niveau heben. Deswegen werden Sie morgen von mir eine Anfrage für ein gemeinsames Gespräch bekommen, gerne auch mit weiteren Fraktionsvertretern. Ich finde es schon wichtig, dass wir unseren Klimaschutzrat – wir stehen auf derselben Seite – gemeinschaftlich so nutzen, dass wir uns beraten und Sie auch beteiligt fühlen. Aber bitte sehen Sie mir nach, dass ich heute eher den Eindruck hatte, dass es in eine gegenläufige Richtung läuft, was ich sehr bedauere, und wo ich hoffe, dass wir das wieder zurückgedreht bekommen. – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Als Nächste hat Frau Vierecke das Wort.

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Ich muss an der Stelle den Klimaschutzrat in Schutz nehmen, weil es immer eine Bring- und eine Holschuld ist. Ich bin im Austausch mit dem Klimaschutzrat. Ich lese natürlich auch die Pressemitteilung. Zum Haushalt gab es eine sehr

eindeutige. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Dort sitzen jetzt zwei Vertreterinnen des Gremiums, aber sie stimmen sich mit dem Verband der Wohnungsbauunternehmen, mit der IHK, mit dem Stromnetz ab. Wir haben wirklich ein breites Gremium, und heute sind zwei Vertreterinnen da, um zu berichten. Ich glaube, die Warnungen, die sie hier geben, ist die Beratungsleistung, zu sagen: Da sind Zielzahlen, und die verfehlen wir. – Das haben sie auch damals im Haushaltsentwurf gemacht, und da berufen sie sich auf Zahlen, die für ein ehrenamtliches Beratungsgremium schwerer zu bekommen sind, als das, was wir als Vollzeitpolitiker uns anschauen können. Insofern freue ich mich auch, wenn der Austausch intensiver wird, und kann als Vorschlag machen – vielleicht können wir uns im Nachhinein noch mal austauschen –, dass man vielleicht ein spezielles Thema mit dem Klimaschutzrat auch hier im Abgeordnetenhaus setzt, um eben diese Verbindung noch mal zu schärfen, dass wir irgendwie in einem halben Jahr schauen, etwas zum Thema Wärmewende zu machen. Das ist ein total brennendes Thema, wo Sie auch dabei sind. Ich weiß, dass Sie das auch gerne haben, dass wir konkret an Themen arbeiten, das finde ich auch richtig. Dafür würde ich mich weiter einsetzen, damit die Zusammenarbeit auch so bestehen bleibt. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Als Nächstes ist Frau Leschewitz an der Reihe.

Franziska Leschewitz (LINKE): Vielen Dank! – Ich schließe mich der Vorrede von Frau Vierecke an, dass man den Klimaschutzrat in Schutz nimmt. Ich finde auch, dass zu der beratenden Funktion natürlich auch Kritikpunkte gehören. Vielleicht klingt es ein bisschen hart, aber ich sage in Richtung CDU: Getroffene Hunde bellen laut. Mich würde vom Staatssekretär interessieren, warum sie diese 60 Cent nicht haben, beziehungsweise dieses Eigenkapital, um EU-Mittel abzurufen. Man hat immer das Gefühl, dass man sich das gerne anhört, aber man nimmt das nicht ernst. Es mag sein, dass nicht ein Solarpaneel abgebaut wurde oder ein begrüntes Dach weggenommen wurde, aber bezüglich der Bäume finden doch hier und da immer noch Rodungen statt. Bäume werden vernachlässigt, sodass sie dann gefällt werden müssen, das BEK ist immer noch nicht verabschiedet und so weiter. Das sind so Sachen, die nicht so sein können. Das würde ich ganz gerne wissen. Ich glaube, dass mein Kollege Dr. Efler auch etwas dazu sagen wird

Vorsitzende June Tomiak: Ganz genau, der ist als Nächster an der Reihe. – Herr Dr. Efler, Sie haben das Wort.

Dr. Michael Efler (LINKE): Danke schön! – Ich wiederhole nicht, was meine Kollegin gesagt hat, will es aber auch noch mal unterstützen, dass eine Beratung immer auch eine kritische Analyse des Status quo ist. Wenn der Status quo nun mal Unzufriedenheit hervorruft, dann muss man das so sagen. Es wurde der Koalition nicht vorgeworfen, dass massiv mehr CO₂ ausgestoßen wird, sondern dass uns droht, dass wir die gesetzlich festgelegten Klimaziele verfehlen. Das wurde gesagt, und das muss man auch entsprechend hören und anerkennen. Übrigens, Herr Freymark, Sie haben auch nichts dazu gesagt, wie es mit dem BEK weitergeht, wahrscheinlich, weil Sie auch keine vernünftige Antwort haben. So viele Radwege kenne ich jetzt auch nicht, die gerade durch diese Koalition gebaut werden.

Ich wollte mich aber noch mal melden, weil Sie, Herr Staatssekretär, leider zwei meiner Fragen nicht beantwortet haben oder denken, dass Sie es beantwortet haben. Das haben Sie aber nicht. Zum Monitoring: Sie haben auf die amtliche CO₂-Statistik hingewiesen. Das sind zwei

völlig unterschiedliche Dinge; das wissen Sie auch. Ich finde es gut, dass es diese Statistik gibt, gar keine Frage, aber es gibt eine gesetzliche Verpflichtung für das Monitoring. Das ergibt eben auch Sinn, weil daraus auch politische Maßnahmen abgeleitet werden. Ich bleibe dabei: Dieses BEK-Monitoring hätte letztes Jahr vorgelegt werden müssen, das ist nicht geschehen, man kann auch nicht immer alles fristgemäß machen, aber die Frage ist schon, ob sie denn aktuell daran arbeiten und wann das nächste offizielle gesetzliche BEK-Monitoring kommt.

Zum Senatsausschuss Klimaschutz: Wir wollen kein neues Gremium, darum geht es gar nicht. Es gibt diesen Senatsausschuss aber, denke ich. Doch was macht der denn? Was hat er gemacht? Da will ich die Frage noch mal wiederholen und wissen, was da passiert ist.

Vorsitzende June Tomiak: Dann ist noch Herr Dr. Taschner auf der Rednerliste.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ähnlich wie Frau Vier-ecke muss ich jetzt auch noch mal etwas zu den Anmerkungen von Herrn Freymark sagen. Den Klimaschutzrat als politischen Akteur zu diskreditieren, ist wirklich unterste Gürtellinie. Sie sagen zu Anfang, Herr Freymark: Ja, es ist wichtig, der Klimaschutzrat darf auch der Stachel im Fleisch sein, der darf unangenehme Sachen sagen. – Wenn er es dann sagt und sich nicht in die Lobeshymne Ihrer Fraktion oder des Senates einklinkt, dann ist er plötzlich ein politischer Akteur. Das passt doch hinten und vorne nicht zusammen. Wenn Sie darauf warten, ein Gesprächsangebot des Klimaschutzrates zu bekommen, dann zeigt das schon, welche Priorität Klimaschutz offensichtlich bei Ihnen hat. Wir werden zumindest selbst aktiv. Wenn wir Fragen haben, dann gehen wir auf die Mitglieder des Klimaschutzrates zu und fragen sie letztendlich um ihren Rat, um ihre Meinung. Das ist auch immer ein bisschen was, um proaktiv agieren zu können und aktiv zu werden.

Wahrscheinlich leben Sie so in Ihrer Wunschwelt, dass hier in Berlin im Klimaschutz, mit diesem Senat, mit Ihnen in Regierungsverantwortung alles supertoll läuft. Sie schmeißen wieder mit großen Zahlen rum, ohne einmal im Detail nachzuschauen, wie viel denn eigentlich zum Beispiel in diesen vielen Milliarden steckt, die Sie aufzählen, in den BEW-Investitionen, die Sie in klimaschädliche Kohlekraftwerke stecken wollen. Vielleicht ist das auch irgendwie das Grundproblem, dass diese Sie sich nicht wirklich ernsthaft in Ihrer Arbeit mit dem Thema Klimaschutz auseinandersetzen, aber hier große Reden schwingen und den Klimaschutz diskreditieren. Ich finde, das geht so nicht!

Vorsitzende June Tomiak: Wir sind somit am Ende der zweiten Runde angekommen. Ich würde den Anzuhörenden noch einmal die Möglichkeit geben zu reagieren, die Fragen zu beantworten, und dann auch dem Senat noch einmal das Wort geben wollen. – Frau Dr. Auer, wollen Sie beginnen?

Dr. Cornelia Auer (Klimaschutzrat Berlin): Das ist durchaus eine interessante Wendung, die es hier gerade nimmt. Zuerst zu Herrn Staatssekretär Kraus: Ich entschuldige mich. Ich war bei der zweiten Sitzung nicht anwesend, weil ich bei einer anderen Sitzung sein musste. Sie waren zweimal da, ich nehme es zurück, aber generell wollte ich einen Prozess beschreiben, der von einem eigentlich recht gut gestarteten Austausch immer weniger geworden ist. Das muss man leider so konstatieren. Wie gesagt, ich denke, wenn man uns Kritik verwehrt – – Wir können uns hier als Vertreterinnen des Klimaschutzrats hier reinsetzen und uns ganz wichtig fühlen, dass wir gehört werden und schlecht vorbereitet ein paar Floskeln hier teilen, oder wir können uns vorbereiten und dann aber auch mit dem Finger in der Wunde die Stellen aufzeigen, die wichtig sind. Ich weiß nicht, ich kann dem Klimaschutz im Moment kein rosiges Bild attestieren. Das denke ich.

Herr Freymark! Wenn Sie uns eine Einladung geben, dann können wir uns gerne noch einmal genauer darüber unterhalten, ob Sie diese Daten vielleicht auch kennen sollten. Ich bin ein bisschen überrascht, dass Sie sagen: Wo haben Sie denn die Daten her? – In unseren Stellungnahmen waren die Daten enthalten, man hätte sie nachlesen können. Es ist eigentlich alles da, aber gerne in einem konstruktiven und vielleicht weniger aufgeheiztem Rahmen. Uns ist es natürlich wichtig, beratend tätig zu sein. Insofern fand ich den Vorschlag von Frau Vierecke extrem konstruktiv. Genauso wünschen wir uns das, wenn Sie uns zu einem bestimmten Thema einladen, wo Sie denken, dass wir da auch sprechfähig sind und einen Beitrag leisten können. Ich denke, so sollte es laufen.

Dr. Julia Epp (Klimaschutzrat Berlin): Ich würde mich auch noch einmal für die Einladung und den Austausch heute bedanken wollen. Ich finde, dass man auch mal über Austausch und konstruktives Miteinander sprechen kann, um das persönlich zu nehmen. Ich finde es auch gut, wenn wir überlegen, wie wir den Austausch und die Gespräche intensivieren können. Da bin ich ganz offen. Was ich aber noch einmal sagen möchte ist, dass Zahlen nicht böse sind. Die können wir leider auch nicht böse interpretieren. Im Verkehr- und im Wärmesektor läuft es einfach in die falsche Richtung. Damit sind wir nicht politisch, damit sind wir einfach wissenschaftlich ehrlich. Die Zahlen lügen nicht. Sie zeigen, dass es im Verkehrs- und im Wärmesektor Probleme im Klimaschutz gibt. Da sehe ich unsere Aufgabe darin, Ihnen das mitzuteilen. Das nicht zu sagen, wäre nicht unsere Aufgabe. Damit möchte ich abschließen.

Dr. Cornelia Auer (Klimaschutzrat Berlin): Natürlich bedanken wir uns für die Einladung und erwarten hier bei allen einen gewissen Sportsgeist. Wenn wir uns kritisieren müssen, gehen wir in den Austausch und finden hoffentlich eine Lösung. Wir sind sehr gespannt, was in den letzten Monaten der Legislaturperiode in Berlin noch stattfinden wird.

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann übergebe ich noch einmal das Wort an den Senat und Herrn Staatssekretär Kraus.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen Dank! – Zunächst noch einmal vielen Dank, Frau Auer! Ja, bei der zweiten Sitzung waren Sie auf ei-

ner anderen Sitzung, aber das wollte ich noch einmal deutlich machen. Ich habe diese beiden Sitzungen immer als sehr positiv empfunden. Es gibt einen Teil, zu dem ich vom Klimaschutzrat eingeladen bin und referieren darf und dann auch Fragen gestellt werden, und dann gibt es einen zweiten Teil, wo intern getagt wird, wo ich nicht mehr dabei bin, damit eine interne Beratung möglich ist, deren Ergebnisse wir teilweise auch aus Pressemitteilungen hören, aber auch aus dem Protokoll. Das ist auch richtig so, dass sich der Klimaschutzrat intern austauschen kann. Es verwehrt Ihnen auch keiner die Kritik, Sie sollen ja Kritik äußern. Es ist nur unsere Aufgabe, Ihre Argumente aufzunehmen und abzuwägen und manchmal auch zu anderen Schlüssen zu kommen als Ihre Empfehlungen, aber das ist das Wesen der Vorgänge. Sie sagten auch, dass Sie diese Kurzstudie zur Zero Emission Zone in Auftrag gegeben hätten. Das zeichnet diesen Rat auch aus, dass wir aus unserem Haushalt Mittel bereitstellen, mit denen der Rat selbstständig Studien in Auftrag geben kann – das ist auch ein Unique Selling Point gegenüber anderen Bundesländern, der hier geschaffen ist, – und damit auch eine gewisse Handlungsfreiheit und Befähigung des Rats vorhanden ist. So gesehen würde ich mich freuen, wenn wir auch in den verbleibenden Monaten der Legislaturperiode den Austausch pflegen und die Punkte auch diskutieren können.

Zu den Bäumen: Die 3,2 Millionen Euro für die Pflege der Bäume an die Bezirke, die die Haushaltspolitiker und die Koalition bereitgestellt haben, sind im Abfluss begriffen. Da tun wir auch schon etwas, um den Zustand der Bäume zu verbessern. Wir tun auch gesetzgeberisch etwas, indem wir es uns nicht leicht machen, wenn es etwa zum Beispiel beim Tausalz Ausnahmen geben sollte. Das ist eine Diskussion, wo wir als Haus sehr besonnen Argumente abwägen und abwägen müssen, weil wir den Baumschutz nach vorne stellen. Leider ist es so, dass wir auch aufgrund des Klimawandels Bäume teilweise, wenn sie entlang der Straße nicht mehr verkehrssicher sind, entnehmen müssen. Da ist es in der Abwägung leider so, dass wir die Schulwegsicherheit, die Verkehrssicherheit, vor das Baumleben stellen müssen. Der Gesetzgeber stellt aus dem Sondervermögen auch 1,1 Milliarde Euro für Maßnahmen der Schwammstadt und für die Baumnachpflanzungen und vor allen Dingen auch für zusätzliche Baumpflanzungen bereit. Wir befinden uns gerade mitten im Prozess, Pläne zu machen, diese Mittel auch effizient einzusetzen.

Zum Monitoring, um diesen Punkt doch noch einmal aufzugreifen, Herr Dr. Efler: Ich verweise da noch einmal sehr gerne auf das Angebot: Es gibt zusätzlich zu den von mir bereits zitierten Daten des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg auch die Veröffentlichung der Daten und auch zusätzliche Informationen über die Umsetzung aller Maßnahmen in den einzelnen Sektoren über das digitale Informations- und Monitoringsystem zum BEK, das digitale BEK. Das ist auch im Internet abrufbar, und ich lade auch jeden ein, sich da entsprechend zu informieren und auch aktuelle Daten zu ziehen. Da pflegen wir auch die Transparenz und liefern entsprechende Daten. Es gibt auch fachübergreifende Pilotprojekte, beispielsweise mithilfe der digitalen Plattform ClimateView. Was die anderen von Ihnen angesprochenen Monitorings betrifft, bleiben wir bei der Rechtsauffassung des Hauses, die ich hier an der Stelle nicht unbedingt wiederholen möchte. Da haben wir anscheinend unterschiedliche Rechtsauffassungen; das ist so.

Vielleicht noch zur Senatsklimakommission: Das war auch ein Instrument, um die Abstimmung zwischen den einzelnen Senatsverwaltungen für die Verteilung der Mittel aus dem KTF zu koordinieren und zu strukturieren. Als deutlich wurde, dass der KTF nicht kommen wird – das war sicherlich über die grüne Partei hinaus eine große Enttäuschung für uns alle –, haben

wir die Notwendigkeit nicht mehr in dem Maße gesehen, zumal die Maßnahmen, die wir zum Klimaschutz betreiben, vor allen Dingen durch den Klimapakt und die Beteiligung der entsprechenden Senatsverwaltungen umsetzen. Trotzdem hat die Kommission getagt. Was tut sie? – Sie spricht über das Sondervermögen Klimaschutz, sie spricht auch über Themen wie die Windpotenzialstudien, Windenergienutzung an Land, auch den Berliner Gebäudebestand und welche Daten da zur Verfügung stehen, auch die Erreichung der Berliner Sektorenziele. All das waren nachweislich der Protokolle Themen dieser Klimakommission, und viele Aufgaben sind durch den Klimapakt anders und anderweitig ausdiskutiert und gelöst worden. Deshalb tagt diese Kommission derzeit nicht. Es gibt Überlegungen, wie die neu aufgestellt werden kann. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Wir sind am Schluss der heutigen Anhörung angekommen. Ich möchte Ihnen beiden, Frau Dr. Auer, Frau Dr. Epp, ganz herzlich für Ihre Expertise, und dass Sie heute zur Verfügung gestanden haben und gekommen sind, danken! – Die Tagesordnungspunkte 3 a und b werden erst einmal vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Besteht dazu Einvernehmen? – Das kann ich feststellen, dann verfahren wir so. Die Tagesordnungspunkte 3 c, d und e würde ich abschließen wollen. Kann ich auch dazu Einvernehmen herstellen? – Das kann ich. Super!

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0272](#)
Drucksache 19/2753 UK
**Klimagerechtes Haushalten – Bericht zum
Doppelhaushalt 2026/2027 (Hauptverwaltung)**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0279](#)
Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz – Ziele UK
und Vorhaben des Senats
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0104](#)
Klimaschutz und Denkmalschutz UK
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Klima- und Denkmalschutz in Berlin – Potenziale
und Zukunftsaussichten**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0248](#)
UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.05.2025

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.